

Grundsätze Vereinigter Kapitalgegner Europas und der Welt

**„Nutzen vor Profit“
als zeitgemäße Losung
zum Überwinden der desaströsen Kapitalherrschaft**

(Ein Vorschlag)

von

alexander braidt

Impressum
© alexander braidt, münchen 2017

www.braidt.de
alexander@braidt.de

1

Die zahlreichen Varianten des Weges in die globale Apokalypse – Folgen eines nicht überwundenen Großkapitals

Absurde Welt: Die Völker stöhnen unter den Exzessen kapitalistischen Wachstums. Doch Wahl für Wahl hieven dieselben Völker ihre Peiniger an die Macht. Das Großkapital feiert Scheinsiege, zentralisiert sich weltweit und treibt die Völker von einem Desaster ins nächste. Kritiker des Profitsystems und seiner politischen Handlanger scheinen Rufer in der Wüste. Und alle, die gehofft hatten, die Verwüstungen des 20. Jahrhunderts hätten gelehrt, die Auswüchse des Kapitalismus zu zügeln, sehen sich von Jahr zu Jahr mehr getäuscht.

Die längst entschwundenen Wirtschaftswunderjahre waren also keineswegs Ergebnis eines endlich gebändigten, krisenfreien Kapitalismus. Sie waren lediglich dem gewaltigen Nachholbedarf durch die desaströsen Zerstörungen zweier Weltkriege geschuldet. Auch die Produktivität konnte nur rasant gesteigert werden, weil kriegsbedingt technologische Innovationen wie Fernsehen und Computer jahrzehntelang brach lagen. Die ehemals soziale Marktwirtschaft führte in die zusehends tiefere, soziale Spaltung durch den Neoliberalismus; die nur formelle Entkolonialisierung zu immer korrupteren Diktaturen, gescheiterten Staaten und zu Bürgerkriegen mit abzusehender Massmigration. Sollen Wohlfahrt, Fortschritt und Sicherheit immerzu dem Zyklus von Prosperität, Krisen und Absturz unterliegen – nur damit vielleicht ein Aufschwung erfolgt?

Inzwischen haben die neuen, jetzt globalen Marktzwänge jede Reformpolitik ausmanövriert. Zwar findet partiell sozialer Fortschritt statt – doch die entfesselten Schadenspotentiale wachsen schneller. Politik ist wieder zum bloßen Erfüllungsgehilfen des Großkapitals geworden. Und so ist der Krisenzyklus des globalen Kapitals voll im Gange. Die weltweite Finanzkrise von 2008 war nur das Vorspiel. Die Regulierungskosmetik gegenüber Banken, Steuerhinterziehung und allgemeiner Verschuldung, welche die EU und USA betreiben, verhindert keineswegs den nächsten, weit gewaltigeren Wirtschafts-Crash. Er ist im

Anmarsch. Die unaufhaltsame Zuspitzung aller sozialen und politischen Gegensätze ist das Fieberthermometer. Wer sich die seit Jahrzehnten auftürmenden Gefahrenherde illusionslos zu Gemüte führt, muß sich eingestehen: Die Welt steuert ungebremst und absehbar in die umfassende Katastrophe – Schritt für Schritt.

Allen Reformgläubigen sollte klar werden: Die ökonomischen und daher sozialen Gegensätze, die der allseits herrschende Zwang zur Profitmaximierung erzeugt – auf regionaler, nationaler wie internationaler Ebene –, sind die innerste Quelle für alle sie überwölbenden politischen Zündstoffe: angefangen bei der immer untragbareren Staatsverschuldung über die migrationsbedrängten westlichen Staaten bis hin zum drohenden Wirtschaftskrieg zwischen den Großmächten! Wo aber in Staaten Niedergang, Verelendung und Abhängigkeit herrschen, da blüht auch die Bereitschaft zur selbstzerstörerischen Gewalt.

*

Lassen wir die schlimmsten Pulverfässer sozialen, politischen und ökologischen Desasters Revue passieren, die das globale Konkurrenzsystem unentwegt erzeugt, damit dem letzten Optimisten klar wird: *Ein* nichtiger Funke, *ein* unvorhersehbarer Zufall, *ein* unberechenbar Verrückter genügt, um bei dieser Gemengelage den Flächenbrand auszulösen:

Was die Juden im Dritten Reich waren, könnten heute die Migranten werden: Sündenböcke für Deklassierte, für an den sozialen Rand Gedrängte und vom gesellschaftlichen Wandel Bedrohte; denn letztere suchen das Heil in einer verklärten Vergangenheit und im Nationalstaat – der aber zwangsläufig im Zuge der Globalisierung untergehen wird. Ein Erstarken des Rechtspopulismus in Europa, eine Renationalisierung und ein krisenhafter Zerfall der Union sind kein abwegiges Szenario. Die machtpolitischen Konsequenzen, ja selbst militärischen Folgen wären kaum absehbar. Das rechtspopulistische Polen und Ungarn, aber auch die starken rechtspopulistischen Parteien Westeuropas weisen den Weg, der schon zweimal in die Selbstvernichtung führte: den heute neofaschistischen. Ein analoger Vorgang kündigt sich gegenwärtig mit den lateinamerikanischen Einwanderern in den USA an. Die Spaltung

der USA in weiße Rassisten und aufgeklärte Demokraten könnte sich unter Präsident Trump weiter vertiefen und verschärfen – mit ungewissem, weltpolitischem Ausgang.

Erst recht aber würde der unvermeidlich kommende Kollaps der Weltwirtschaft den Migrationskonflikt zu einer politischen Atombombe machen – eine schauerliche Prognose: Denn die ungebremste Zentralisation des Kapitals zieht unvermeidlich die nächste Weltfinanz- und darauf folgende Weltwirtschaftskrise nach sich. Eine globale Rezession, hunderte Millionen Arbeitslose und demzufolge mehr oder minder radikale, sozial-politische Revolten lassen grüßen. Offen bleibt nur die Frage des Zeitpunkts. Weltwirtschaftsdebakel plus nochmals verstärkte Migrationswellen aus verelendeten, gescheiterten und vom Bürgerkrieg verwüsteten Staaten können nichts anderes als neuen, massenhaften Rassismus, Neofaschismus und damit militante Konfrontationen zur Folge haben – sogar in der scheinbar noch heilen Welt des aufgeklärten Westens.

Nicht minder bedrohlich ist der nächste Krisenherd: Aufkochender Nationalismus und Chauvinismus von Großmächten, sind – wie die geschichtliche Erfahrung zeigt – der ideale Nährboden für aggressives Großmachtstreben. Das gilt besonders für Großmächte, die entweder nie primär Nationalstaaten sein konnten wie heute Rußland – siehe Ukraine Konflikt, respektive Syrienkonflikt – oder sich lange als Spielball anderer Mächte fühlen mußten wie einst das wilhelminische Deutschland und heute China und Indien; das gilt aber selbst für eine urdemokratische Großmacht wie die USA, wenn die Anmaßung, Führer der freien Welt zu sein und zivilisatorischer Niedergang sich ins Gehege kommen – garniert von einem großmannssüchtigen Präsidenten: Denn stets sollen die wachsenden sozialen Konflikte im Innern übertüncht werden durch nationalistische Machtdemonstration nach Außen – meist gegenüber kleineren Staaten.

Auch wird in einem vergifteten Klima gegenseitiger Bedrohungsallüren der Amoklauf eines fundamentalistischen Führers in einem der Atomstaaten immer wahrscheinlicher: Pakistan, Nordkorea, China, Israel, USA – eine Gefahr, die 2017 die atomaren Drohgebärden zwischen Kim Jong Un und Donald Trump anschaulich demonstrieren, gleich-

gültig wer oder was die scheinbare Ausgangsursache ist. Auch den jüngsten Ankündigungen der Vergeltung zwischen USA und Iran kann ein Flächenbrand folgen.

Doch keineswegs nur ein Interessensdickicht wie in Nahost, auch klare, Fronten zwischen reaktionären und progressiven Kräften, die in lange stabilen Staaten hervortreten, können den Weltfrieden gefährden. Gerät großkapitalistische Arroganz mit den Idealen bürgerlicher Demokratie (Rechtsstaat, Wille des Volkes) und der Emanzipation abhängig Arbeitender (ihrer qualifizierten Ausbildung) in ausweglose Konflikte – was im herrschenden Profitsystem angelegt ist –, droht das nächste, unberechenbare Pulverfaß: Blutige, gewaltige Bürgerkriege selbst innerhalb von Großmächten wie China, USA oder Rußland sind keine Phantasterei: Wirtschaftsrezession plus Meinungsdictatur, Diskriminierung von Einwanderern plus Staatspleite und Staatskorruption plus entfesselter Nationalismus könnten in den drei Großmächten jeweils die Auslöser sein. Jeder dieser Bürgerkriege wäre kaum einzuhegen, hätte weltpolitische Folgen.

Über all diesen sozial-politischen Minenfeldern verdichtet sich währenddessen das Zerstörungspotential der Klimakatastrophe respektive der Energie- und Wasserkrise in diversen Regionen der Erde. Denn bis heute nimmt die Erderwärmung zu – so schnell wie nie in der Erdgeschichte –, da die schöne Ankündigung von Gegenmaßnahmen seit den 25 Jahren der ersten Klimakonferenz von Rio (1992) nachweislich nichts zuwege brachte. Seit den 90-ern hat sich der globale Ausstoß an CO² nicht vermindert – trotz der mächtigsten Frau der Welt, Bundeskanzlerin Merkel, als Vorkämpferin gegen die Klimakatastrophe und des heroischen Widerstands eines grünen Baden-Württembergs (Ministerpräsident, Verkehrsminister plus Oberbürgermeister der Landeshauptstadt) gegen eine betrügerische Autoindustrie. Zumindest in den kommenden 30 Jahren werden daher Naturkatastrophen an Häufigkeit und Wucht zunehmen – mit dementsprechenden sozialen und politischen Konflikten als Folge. Von den 10 000 Toten jährlich allein in Deutschland (2012) als Kollateralschäden der Abgase ganz abgesehen. Radikalere, soziale und politische Kräfte werden im Zuge gewaltiger Wohlstandseinbrüche wegen Klimakatastrophen auf den Plan treten. Auch eine wiederholte Zunahme von Nahrungsmittelknappheit auf-

grund von Mißernten, Überschwemmungen und Schädlingsepidemien wird extremistische Kräfte befeuern.

Als ob all das nicht genug wäre: Der geplante, massenhafte Zubau von Atomkraftwerken (ab 2017 ca.150) in China, Rußland, Indien und USA (von zusätzlich aufstrebenden Schwellenländern ganz abgesehen) erhöht prozentual die Wahrscheinlichkeit weiterer Atom-GAUs à la Tschernobyl und Fukushima. Im schlimmsten Fall wäre mit der Destabilisierung ganzer Staaten zu rechnen, die bekanntlich sogar über Grenzen hinweg betroffen sein würden. Selbst ohne GAUs besteht das unverantwortliche Faktum, daß es für die stetig anwachsende Atom-mülllawine, die für Millionen Jahre eine Gefahrenquelle bleibt, auch 2017 kein einziges, funktionierendes Endlager gibt. Die Gefahr zur Verseuchung des Grundwassers und von unkontrollierbaren, radioaktiven Bränden bleibt also bis auf weiteres aus Profitgründen bestehen.

Tritt dieser Zufallsirrsinn nicht ein, sorgt ein anderer Krisenherd für Dauergefahr: Im rückständigen, weil jahrzehntelang als Spielball entwürdigten Nahen Osten herrscht wie vor dem Ersten Weltkrieg auf dem Balkan eine brandgefährliche Melange, weil sich dort zig Konfliktlinien treffen – rivalisierende Großmächte, neokolonialer Westen gegen erniedrigter Osten, jahrhundertlang verfeindete Schiiten gegen Sunniten, Araber gegen Juden, Türken gegen Kurden. Das bedeutet: Ein Funke genügt und dieses Pulverfaß kann die Welt in einen Dritten Weltkrieg reißen. Länger als der Zweite Weltkrieg dauert der Stellvertreterkrieg in Syrien zwischen Rußland, USA, einer säkularen Stammesdiktatur (Alawiten), Schiiten (Iran), Sunniten (Saudi-Arabien), Islamisten und rechtsstaatlichem Bürgertum. Weltgeschichtlich verbirgt sich dahinter nichts als die qualvolle Geburt eines bürgerlichen Nationalstaates aus einem feudal-kolonialistischen Kunstgebilde. Gegenwärtig ist zusätzlich am Kochen das religiös verbrämte Großmachtgehebe zwischen Iran und Saudi-Arabien, befeuert durch eine ideologisch verblendete Trump-Regierung, dem der ohnmächtige Jemen zum Opfer fällt; gleichzeitig das Unabhängigkeitsstreben der irakischen Kurden – beides mit unabsehbaren, geopolitischen Folgen.

Während demgegenüber der globale Klimawandel und die durch ihn verursachten, zusehends kolossaleren Schäden sich nur mit zunehmen-

der Wahrscheinlichkeit einstellen – dem bislang heißesten Jahr 2017 können auch wieder kühlere folgen –, machen sich die Folgen einer primär profitorientierten Landwirtschaft heute schon desaströs bemerkbar: Der Insektenschwund der letzten Jahrzehnte hat in Deutschland die bedrohliche Marke von 75 % erreicht. Dieses mehr als deutliche Alarmsignal wird auf globaler Ebene durch das seit Jahren sich fortsetzende Bienensterben verstärkt. Die Befruchtung auch aller nützlichen Blütenpflanzen wird zunehmend gefährdet. Ähnliches gilt für das unaufhaltsame Artensterben. Monokulturen mit Nitrat-Überdüngung und dem Versprühen von Breitbandherbiziden, Massentierhaltung mit Überdosen an Hormonen und Antibiotika im Tierfutter – alles, um billige, ungesunde Massenproduktion und damit den Profit endlos zu steigern – sind die wesentlichsten Faktoren für diese tiefgreifende Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit: Die unerläßlichen Mikroorganismen im Boden nehmen ab, Unkrautpflanzen werden resistent, die Artenvielfalt schwindet. Das wahrscheinlich krebserregende Gift Glyphosat reichert sich in Pflanzen, Tieren, Nahrung, Muttermilch und schließlich im Menschen selbst an. Wann kleinste Dosen zu schwersten Gesundheitsschäden führen, weiß niemand. Doch der EU-Kommission ist der Profit der Großagrарarier wichtiger als der künftige Erhalt von Mensch und Natur.

**

Jedes einzelne dieser global wirkenden Katastrophenpotentiale reicht hin, die Welt in unendliches Elend zu stürzen. Jedes einzelne kann zum Auslöser des immer näher rückenden Infernos werden. Man muß aber nur die Analyse der unterschiedlichen Dynamik jedes der Pulverfässer mit der unserer Weltkriegsvergangenheit verbinden: Dann liegt der Verdacht nahe, daß erneut die Konkurrenz von Großmächten um den Platz an der Sonne – diesmal hochkapitalistischer plus hochnationalistischer – das abzusehende Inferno auslösen wird.

Nur dieses Mal heißt die lange führende Großmacht, die ihre technologische und daher ökonomische Vormachtstellung immer rapider verliert: Vereinigte Staaten von Amerika – die letztlich nur mehr ihr militärisches Übergewicht in die Waagschale werfen könnten. – Dieses Mal ist das staatskapitalistische China die immer stärker aufstrebende

Großmacht und Diktatur, die ihre ehemals kolonialistische Demütigung durch den Westen (durch England, Deutschland, USA, Japan) mit einem überbordenden, zunehmend aggressiveren Nationalismus zu kompensieren droht. – Rußland dagegen konnte trotz oder wegen 70 Jahre Realsozialismus das brutale Erbe seines mongolisch-tatarischen Jochs nicht abschütteln, mutierte zum reinsten Kapitalismus der Oligarchen und blieb trotz halbherzig demokratischer Anläufe eine reaktionäre Großmacht; als solche verfiert es geschichtsblind primär mittels Gewalt – früher des Zaren oder des Generalsekretärs, heute der neuen Zaren Jelzin und Putin – statt mittels zivilisatorischen Fortschritts, globale Interessen. Kein Wunder, da Rußland es versäumt, außer Rohstoffen und Waffen Hochwertiges zu exportieren. – Und dieses Mal nimmt in sozialer und rechtsstaatlicher Hinsicht die Europäische Union die Rolle *der* fortgeschrittensten Großmacht ein, die als zahnloser Tiger vergeblich zu moderieren sucht; wobei nur die Frage offen bleibt, wie tief sie in das kommende Schlamassel hineingerissen wird.

Alle Großmächte aber, in welchem Kapital-Stadium auch immer, kennen als oberste Zielmarke nur Wachstum des Bruttosozialprodukts, Vormarsch auf den Weltmärkten und Konkurrenz um Profit. Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis die Verfolgung und Zuspitzung ihrer nationalen Wirtschaftsinteressen sich in der atomaren Kollision ihrer politischen Machtansprüche entlädt. Einem solchen Albtraum gegenüber würden die beiden Weltkriege wie Zuckerschlecken wirken. Welche Minikrise schließlich der äußere Auslöser sein wird, spielt keine Rolle. Am wahrscheinlichsten ist sogar: Ein unkontrollierbares Zusammenspiel aus mehreren aller Gefahren löst den nächsten Weltbrand aus, wenn keiner sozialen Bewegung gelingt – nicht einmal der Europas –, die kapitalistische Triebfeder für all diese Pulverfässer außer Kraft zu setzen. Das saturierte Europa suhlt sich im Irrglauben, seine augenblickliche Wohlfahrt sei ausschließlich ureigenstes Verdienst, will seinen Vorsprung noch ausbauen. In Wahrheit ist seine Verschwendung der Tanz auf dem Vulkan.

All diesen Gefahrenherden entgegen kann nur eine Vereinigte Europäische Linke einen Schub in Richtung europäischer, ja sogar globaler

Solidarität auslösen, eine Entnationalisierung befördern, die vom Trend zur globalen Kooperation schon lange vorbereitet wird. Als erstes müßte von einem sozial geeinten Europa vor allem ein Strategiewechsel in Sachen Afrika stattfinden; ein auf Jahrzehnte angelegter, zeitgemäßer Marschallplan ist unverzichtbar, um diesem Kontinent wirtschaftliche Perspektiven zu verschaffen: Vor allem um Rohstoffe selbst zu verarbeiten. Gleichzeitig müßten aber auch den Völkern Westeuropas die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vorteile nahegebracht werden, die sich durch eine erfolgreiche Kooperation ergeben. Wer will, daß Europa weiter prosperiert, muß bereit sein, Afrika zur Wettbewerbsfähigkeit zu verhelfen. *Europa immer reicher, Afrika immer elender – das ist der sichere Weg in eine globale Katastrophe.*

Auch kann nur ein sozial geeintes Europa verhindern, daß das Szenario eines globalen Wirtschaftscrashs wirklicher Alptraum wird. Denn nur, wenn das Entstehen von immer mehr virtuellem Kapital, immer gigantischeren Kreditblasen und völlig irrealer Börsenspekulation unterbunden wird, können Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrisen der Vergangenheit angehören. Gleichzeitig kann nur eine Vereinigte Linke dafür sorgen, daß das Recht auf sinnvolle Arbeit und dessen Umsetzung durch perspektivische Investitionen einen Arbeitsmarkt ablöst, der bisher nur dem Kapital dient. Denn entgegen aller neoliberalen Ideologie steht fest: *Profitzwang vernichtet Arbeitsplätze, gesellschaftlicher Nutzen schafft sie!*

Und erst wenn nicht mehr Komplizen und Lakaien des Großkapitals in diversen nationalen Regierungen sitzen, kann den ökonomischen Ursachen von Klimawandel und Feinstaubausstoß konsequent begegnet werden; erst dann können Profitinteressen den energischen, strategischen Maßnahmen für 100 % regenerative Energien und für Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte untergeordnet werden. Erst wenn Konzerne mit antiquierter und lebensbedrohender Technologie nicht mehr aus Profitinteresse die Politik erpressen können, sondern wenn die elementaren Bedürfnisse der Völker den Profit an die zweite Stelle verweisen, kann globaler Umweltschutz gelingen. Gleichzeitig muß das mit jeder Atomtechnologie (außer für die reine Forschung) verbundene militärische Drohpotential durch friedliche und kooperative Konfliktlösung ersetzt werden.

Daher kann nur die Kontrolle der Regierung durch unabhängige Fachgremien die Kumpanei selbst der jeweiligen Aufsichtsbehörden mit den Großkonzernen unterbinden. Dies wiederum kann nur eine Mehrheitslinke erreichen, die sich auf breiter Basis unter dem Motto vereint, das jedem vernünftigen Menschen einsichtig ist: Nutzen vor Profit.

Schlußendlich muß eine tatsächlich und nicht nur in der Phrase (wie im Grundgesetz Art. 14) aufs Gemeinwohl verpflichtete Wirtschaftspolitik aller progressiven Kräfte verhindern, daß eine historisch und sachlich längst unzeitgemäße Profitdiktatur mittels unbeherrschbarer Technologien die Welt in die Selbstvernichtung führt. – All das ist nur mittels einer möglichst international Vereinigten Linken zu erreichen.

Die Welt ist gegenwärtig ein Tollhaus, treibt unaufhaltsam dem allgemeinen Abgrund zu. Die globale – nicht mehr nur regionale oder kontinentale – Apokalypse droht. Das Unvorstellbare tritt ein: Das Überleben jedweder Zivilisation steht auf dem Spiel und damit der Menschheit überhaupt. Innerste Wurzel, elementarste Triebkraft dieses Prozesses der Selbstzerstörung ist jedoch die letztendliche Diktatur des Geldes, des industriellen Gewinns und finanziellen Profits entgegen allem langfristig nützlichen Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft. Erst das Befolgen aller wissenschaftlichen Einsichten betreffs nachhaltiger Produktions- und Konsumweise, kann eine harmonische Entwicklung garantieren. Doch rein quantitatives Wachstum von abstraktem Profit erweist sich immer noch auf den meisten Feldern des Lebens als stärker als die wahren Bedürfnisse der arbeitenden Menschen und einer malträtierten Natur.

Diesem destruktiven Systemzwang kann nur mehr global entgegengetreten werden, durch die aufgeklärte Einheit aller sonst noch so unterschiedlich, aber progressiv denkenden Menschen, Parteien und Verbände, indem sie zumindest in dem wesentlichsten politischen Gebot übereinstimmen:

Die geltende Wirtschafts- und Gesellschaftsmaxime des Profitprimats muß auf Gedeih und Verderb umgepolt werden zum Primat des globalen, gesellschaftlichen Nutzens. Dieser Nutzenprimat ist verbindlich festzuschreiben in einer diesbezüglich ergänzten Verfassung – jedes Nationalstaates, von Europa, ja der Welt. Einklagbar muß sein:

Globaler gesellschaftlicher Nutzen hat Vorrang gegenüber jedem Profitinteresse!

Klarzustellen wäre: Worin besteht denn konkret der jeweilige Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft? – so fragt auch der Skeptiker, um alles beim Alten zu belassen. Der qualitative Nutzen von Produkten, Arbeitsprozessen und Diensten, der gerade bei innovativen Entwicklungen nicht von vornherein ersichtlich ist, soll und muß durchaus einem Qualitäts-Wettbewerb verschiedener Anbieter unterliegen (siehe abgasfreier Antrieb oder regenerative Energien); niemals jedoch allen Schäden zum Trotz einem Profitzwang aus blinder Konkurrenz. Soll heißen: Effizienz und Wirtschaftlichkeit noch so nützlicher Arbeit müssen selbstverständlich immer mit kalkuliert werden; aber sie dürfen nicht, verselbständigt als Profitzwang, das Primat des Nutzens für die Gesellschaft ignorieren. Jedenfalls wäre schon viel gewonnen, wenn offensichtliche Schadensquellen durch schon bewährte Alternativen verhindert würden – Schadensquellen wie CO²-Überschuss, Methangaslecks, Atommüllverklappung, Glyphosat, Breitbandherbizide, Neocortinoide, Ölpest, Regenwaldvernichtung, Überfischung, Plastikvermüllung, Antibiotikaverfütterung, Nitrat-Überdüngung, Monokulturen usw. usf.

2

Warum die Profitdiktatur die Welt unaufhaltsam in den Abgrund treibt

Die alles und jedes infizierende Profitgeißel ist tiefster Grund für die meisten Krankheiten der Weltgesellschaft, für ihre Fehlentwicklungen. Dies zu erkennen, müssen allerdings zuerst Parteilichkeit und schöner Schein des gegenwärtigen Wirtschaftssystems durchdrungen werden. Solange Einzelursachen wie betrügerisches oder eitles Management und Individualfehler von lobbyistischen Politikern für die eigentliche Erklärung gehalten werden, sind die tieferliegenden Triebkräfte nicht zu verstehen. Man würde dann vielmehr weiterhin der verbreiteten Illusion anhängen, Kapitalismus – das heißt die Akkumulation fremder Arbeit und fortdauernde Verfügung des Großkapitals darüber – ließen

sich aufrechterhalten, wenn nur die immer gewaltigeren Schäden im Nachhinein repariert würden.

Das Krebsgeschwür des globalen Kapital- und Finanzsystems hat keine psychologische oder theoretische, sondern geschichtliche Gründe. Weithin wird die kapitalistische Produktionsweise für natürlich, zumindest für menschengemäß und daher für ewig gehalten. Das Gegenteil ist richtig: Nicht nur existiert Kapitalismus erst eine äußerst kurze Zeit in der Geschichte der Menschheit; er hat sich zudem als unheilvoll, weil periodisch destruktive Wirtschaftsform erwiesen. Denn Tatsache ist: Profit geht auch vor Existenzminimum – jedenfalls der zunehmenden Billiglöhner und Millionen Arbeitslosen selbst in den reichsten Ländern. Doch nicht genug: Profit geht vor Gesundheit, Profit geht vor Verbraucherschutz, Profit geht vor Bildung, Profit geht vor Klima, Profit geht vor grüner Energie, Profit geht vor Frieden, Profit geht vor Artenvielfalt, Profit geht vor Alterssicherung, Profit geht vor Pflege usw. usf. Aber dieser Primat des Profits ist keineswegs aus primär moralischen Gründen auf Dauer unhaltbar, sondern wegen der dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüchlichkeit: Denn privat angeeigneter Reichtum wird ausgerechnet mittels zunehmend kooperativer Produktivität uferlos angehäuft. Genau dieser Umstand erschwert es zusehends, noch Profit zu machen, denn in den Produkten steckt immer weniger Arbeit – was dann die Fluten grotesker Verschwendung und Verwüstung verstärkt, um den Profit doch noch zu steigern. Ein kritisches Bewußtsein der Gesellschaft wird diesen Absurditäten früher oder später Rechnung tragen müssen.

Geleitet von diesen Indizien muß endlich verstanden werden, inwiefern der kapitalistische Akkumulations- und Profitzwang jede wahrhaft menschengerechte Produktion ganz real auf den Kopf stellt und damit in zerstörerischer Weise pervertiert: Dem ist so, weil er jedes konkret-nützliche Erfordernis der Gesellschaft vorrangig dem rein abstrakten Maßstab des Profits unterwirft. Aus demselben Grund zieht er einer gelenkten, qualitativ sinnvollen Entwicklung ein blindes, bloß quantitatives Wachstum vor. Eben diese Verrücktheit des Wirtschaftsmotivs macht einsichtig, warum der Kapitalismus stets erneut auf ein globales Desaster zusteuern muß: angefangen vom selbstherrlichen Imperialismus des Ersten über den Atavismus des Zweiten Weltkrieges – wohl-

gemerkt: ausgelöst durch die Weltfinanzkrise von 1929 und der ihr folgenden Depression – bis zu den sozialen, politischen wie ökologischen Katastrophen unserer Zeit. Und das geschieht allen wirklichen, halben und vergeblichen Reformbemühungen von Jahrzehnten zum Trotz. Alle Menschen jeden Standes sollten alarmiert sein!

*

Woher aber rührt dieser manische Profitzwang? Und warum ist Kapitalismus als Kapitalismus grundsätzlich nicht zu reformieren, sondern wird stattdessen – falls er nicht überwunden wird – die ganze Welt ins Verderben reißen? Dies lernen wir am ehesten anhand eines kleinen, historisch-analytischen Exkurses verstehen:

Der industrielle Kapitalismus seit ca. 1775 ist die erste und einzige Kapitalform in der Geschichte, die sukzessive die jeweilige Gesellschaft, ja schließlich die Welt als Ganzes dominiert. Dagegen spielten Handels-, Wucher- und Bankkapital in allen landwirtschaftlich geprägten Gesellschaften der Antike und des Feudalismus immer nur eine marginale Rolle. Das heißt: Gemessen an den Jahrzehntausenden der Menschheitsgeschichte – die vor mindestens 100 000 Jahren begann – existiert der uns bekannte Industriekapitalismus nur den verschwindend kleinen Zeitraum von gut 200 Jahren. Vorherrschend war dagegen bis zur Industriellen Revolution um 1800 überall auf der Welt eine am Nutzen, am Gebrauch und an den Erfordernissen des Lebens orientierte Produktion – also Naturalwirtschaft – und nicht etwa am abstrakten Profit.

Kapitalismus entpuppt sich so als extrem kurze, dafür wahrhaft revolutionäre Umbruchsperiode der erstmals profitgetriebenen Steigerung der Produktivität; und dies ausgerechnet durch vergesellschaftende Technologien – angefangen von Eisenbahn und Flugzeug über Handy und Internet bis zu Datenbanken, Blockchain-Konzept des instanzlosen Datenaustausches, Open-Sourcing und Digitalisierung usw. Diese vernünftig organisierten Großtechnologien kündigen heute schon in vielfacher Hinsicht seinen Niedergang an, weil ihre gesamtgesellschaftliche Anwendung nach nutzenorientierter Kontrolle schreit. – Wie aber

kam es zur Vorherrschaft dieser wahrhaft verrückten Produktionsweise?

Nach 90 000 Jahren gleichbleibender Jagdgemeinschaften begannen Dorfkooperativen, sich selbst versorgend, erstmals eine bäuerliche Wirtschaft weiter zu entwickeln – und zwar ab ca. 10 000 v. Chr. bis in die Entstehungszeit erster Hochkulturen ab 4 000 v. Chr. Innerhalb dieser Wirtschaftskooperativen fand keinerlei Tausch statt. Kein quantitativer Wertmaßstab entstand daher, Produkte blieben Produkte und wurden nicht zur Ware. Zuvörderst ihre nützliche Eigenschaft interessierte. Denn nicht die Arbeitszeit, der spezifische Zweck der Arbeit war handlungsleitend. Ehe nun immer regelmäßiger Produkte getauscht wurden, mußte sich die Arbeit zuerst zwischen kleinen Gemeinschaften dann innerhalb großer Gesellschaften mehr und mehr teilen. Denn erst durch den Tausch verwandelt sich ein Produkt, für das Arbeitszeit eigentlich nur ein zweitrangiges Mittel zum vorrangigen Zweck der Herstellung ist, in Ware – und gebiert damit im Keim eine völlig verkehrte Welt. Warum?

Sobald aufgrund höherer Produktivität durch anfängliche Arbeitsteilung ein Überschuß entsteht, rücken durch dessen Veräußerung auf einem Markt der Nutzen und die qualitativen Eigenschaften des Produkts für den Verkäufer zunehmend in den Hintergrund. Weshalb? Weil sie ihm nicht mehr wichtig sind, er nicht mehr für sich selbst arbeitet. Welche Eigenschaft rückt stattdessen in den Vordergrund? Die pure, allgemeine Arbeitsenergie, die er bei der Herstellung der Ware aufbringen mußte. Warum? Er will sich schließlich nicht um seinen Arbeitsaufwand betrogen sehen. Kann er nicht mehr über die qualitativen Vorzüge seines Produkts verfügen, so will er zumindest den Zeitaufwand, den er darauf verwendet hat, vergolten wissen. Er muß also ein Produkt eintauschen, für das genauso viel Arbeit aufgebracht wurde, wie er für seines brauchte. Auf diese Weise wird das ursprünglich bloße Korrektiv der Produktion – die Arbeitszeit – als Wertphänomen zum Zweck, zum herrschenden Maßstab des Handels.

Kurz: Daß die einzutauschende Ware oder später das Tauschmittel Geld annähernd den gleichen Arbeitsaufwand repräsentieren muß wie das verkaufte Produkt – das ist die Keimzelle der später in Gestalt von

Gewinn und Profit die ganze Gesellschaft beherrschenden Wertform. Geld und Preis beginnen gegenüber der real notwendigen Arbeitszeit ein Eigenleben zu führen. Mittel und Zweck vernünftigen Wirtschaftens stehen von nun an auf dem Kopf: Nicht mehr gesellschaftlicher Nutzen – tote Arbeit in Form von Geld beherrscht die Wirtschaft! Weil schließlich einer, der ausschließlich Handel treibt – dies die entstehende Rolle des Kaufmanns –, nur eine fixe Geldsumme besitzt, davon aber bei bloß äquivalentem Tausch nicht leben könnte, muß er mehr Geld einnehmen – Gewinn machen. Dieser Gewinn resultiert aber nur aus dem Überschuß an geleisteter Arbeit und daher an Produkt. Ein Zwang, den es bis zur ersten Etablierung eines Marktes – während der vorangegangenen 96 000 Jahre – nicht gab. Denn dieses frühe Handels- oder selbst Wucherkapital beherrschte längst nicht die gesamte Gesellschaft, brachte während langer Zeiten keinen industriellen Kapitalismus hervor. Der Nutzen der Dinge und Dienste blieb weitestgehend handlungsleitend.

Erst Jahrtausende später im Europa der Renaissance hat die Teilung der Arbeit in den Gesellschaften – und damit die Verwandlung nützlicher Produkte in Wertdinge – eine hinreichende Tiefe erreicht, so daß Handelsgewinn und Bankenprofit die bis dahin weitaus überwiegende Naturalwirtschaft, ja die ganze feudale Gesellschaft zersetzen und durchdringen konnten. Erst von da an wird aber in der Gesamtwirtschaft eine vom Willen der einzelnen Menschen unabhängige, weil objektiv im System der Arbeitsteilung und damit der Konkurrenz des Marktes verankerte Peitsche wirksam: die Peitsche unaufhörlicher Gewinnakkumulation; erstmals auch beim – künftig industriellen – Produzenten. Die oft angeprangerte Gier der Besitzenden ist also keineswegs eine urmenschliche Eigenschaft, sondern seelenloser Sachzwang, der einer Periode der blinden Trennung gesellschaftlicher Arbeit geschuldet ist – was die zusätzliche Entfesselung individueller Gier zweifelsohne begünstigt.

Diese der – wohlgemerkt: unkoordinierten – Arbeitsteilung entspringende Profitpeitsche ist nach allem das einzige Verdienst des Kapitals, nicht etwa Wohlstand oder Innovation. Denn solange es irgend geht, wird unter der Glorie Wachstum Schindluder mit den Ausgebeuteten, den einfachen Lohnabhängigen und Raubbau an der Natur getrieben.

Und tatsächlich bequemt sich der industrielle Kapitalist sogar zur Steigerung der Produktivkräfte, zur zunehmenden Flut an Innovationen erst in der Krise, unter dem Damoklesschwert der Pleite. Die wenigsten Kapitalisten gehen zuvor ein solches Unternehmensrisiko ein. (Offenkundigste Belege sind der Absturz von Kodak und Nokia, das Festhalten am Verbrennungsmotor, an der Braunkohle- und Atomindustrie usw.). Der Substanz nach sind alle wissenschaftlich-technologischen Fortschritte ohnehin Ergebnis der konkret-nützlichen oder fachlichen Seite der Arbeit nicht etwa ihrer wert- respektive kapitalbildenden Seite. Trotzdem verfügt der eigentliche Produzent nicht über seine eigenen Errungenschaften. Dagegen liegt der Wertbildung in letzter Instanz immer die Arbeitsdauer zugrunde: bestens demonstriert durch Entlassungen zwecks Profitsteigerung bzw. in der Krise, Lohnkürzung mit allen Tricks, ebenso Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsintensivierung, Auslagerung der Produktion usw. usf. – vor allem aber durch Ersetzen der Arbeit mittels Automation; und damit alle Grenznutzentheorie widerlegend.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt nützlicher Arbeit ist ihr kooperativer Charakter. So entspringen alle Fortschritte der Produktivität und jeder Innovation letztlich gesamtgesellschaftlichen Leistungen, denn kein noch so genialer Erfinder ist ohne gesellschaftliche Vorleistung zu irgendeiner Innovation fähig. Dazu in scharfem Widerspruch hinken jedoch überholte ökonomische Dogmen – der Markt regelt alles –, eine willfährige Politik und ein von Brot und Spielen verseuchtes Massenbewußtsein dieser objektiv revolutionär wirkenden Entwicklung hinterher. Tatsächlich nämlich befindet sich der Kapitalismus, für alle die nicht verblendet sind, gegenwärtig in einem gewaltigen, Jahrzehnte anhaltenden Umbruch zu seinem Gegenteil: einer vorrangig sozialen Weltgemeinschaft. Darauf verweisen die zunehmend durchgeplante Arbeitsorganisation, die digitale Markterfassung, die exorbitante Entwicklung kooperativer Produktivität, die kommunikativen Technologien und die weltweit auf- und abflammenden Protestbewegungen getragen oft von Nicht-Regierungs- und Non-Profit-Organisationen.

Im Zuge der kapitalistischen Konkurrenz und ihrer periodischen Krisen werden zudem neue, immer effizientere Kooperationsformen erzwungen: ausgehend von Großkonzernen über das Eisenbahnsystem zur in-

ternationalen Überwachung des Flug- und Schiffsverkehr weiter zu transnationalen Energiesystemen, zum globalen Wissenschaftsaustausch und zur internationalen Forschungsk Kooperation (wie CERN, ISS usw.) Als gewaltigstes Potential zur direkten Zusammenarbeit auf allen erdenklichen Ebenen wird sich aber das Internet erweisen – denn mit ihm vermittelt sich, trotz allem Unrat, eine wissenschaftliche, aufgeklärte und emanzipatorische Sicht der Welt. Doch aufgrund der von der Gesellschaft noch nicht kontrollierten Teilung der Arbeit stranguliert die Geißel des Profitzwangs Wirtschaft und Politik weiterhin.

Daher gereichen absurder Weise alle innovativen Fortschritte gesellschaftlicher Arbeit der Gesellschaft trotzdem zum Schaden, ja führen sukzessiv in die Katastrophe: Denn statt sozial- und naturverträgliche Lösungen dominant zu entwickeln – die bislang nur Alibifunktion erfüllen –, statt Wissenschaft progressiv anzuwenden, wird der Verbrennungsmotor endlos verfeinert, werden Wälder bedenkenlos abgeholzt, wird Verpackungsplastik uferlos vergeudet, werden fossile Brennstoffe verheizt, Pestizide und Nervengifte hemmungslos versprüht, gefährden Umwelthormone die Gehirnorganisation, werden Böden sinnlos aber krebserregend mit Nitrat überdüngt, die Weltmeere kurzsichtig leergefischt, Antibiotika zur Massentierhaltung zweckentfremdet, private Daten monopolistisch mißbraucht ... und ... und ... und – von den Hunderten Millionen vertriebener Bauern und rechtloser Wanderarbeiter, die in Slums vegetieren, ganz zu schweigen. Alles im höheren Interesse der Profitsteigerung – bis Gesundheit, Wohlergehen und die lebensnotwendige Naturgrundlage nicht nur unmittelbar Betroffener, sondern schließlich der Menschheit als Ganzes ruiniert sind.

Der trügerische Zynismus des Kapitals besteht aber darin: Gigantische Profite erlauben es, in den entwickelten Metropolen große Teile des Volkes mit Konsum, Luxus und Entertainment abzuspeisen – während gleichzeitig global Rezession, Elend, Bürgerkriege und letztlich Migration für Milliarden von Menschen sich periodisch steigern, bis wir alle in einem Inferno erwachen – das eine „zufällige“ Krise auslöste. Daß die rauschende „Belle Epoque“ zum Ende des 19. Jahrhunderts durch ein „zufälliges“ Attentat in die „Urkatastrophe“ des Ersten Weltkriegs mündete, sollte in den Zeiten wachsender Krisenherde die Alarmglocken schrillen lassen.

All die genannten, sich perpetuierenden Fiaskos enthüllen daher jedem nicht von Wohlstand und Spektakel Verführten: Der Kapitalismus ist alles andere als die ultima ratio menschlichen Wirtschaftens. Er entspricht noch viel weniger einem urmenschlichen Verhalten. In Wahrheit verhält es sich genau umgekehrt: Natürliches Wirtschaften, bei dem Sinn und Zweck des Produzierens immer entschieden vor Arbeitsdauer, Effizienz und abstrakten Profit rangieren, wird durch nichts anderes als große, sich vertiefende und vor allem unregelte Arbeitsteilung der Gesellschaft ins glatte Gegenteil verkehrt. Die heute herrschende Markt- und Konkurrenz-Ideologie stützt lediglich die Perversion eines sachbedingten Profitsystems. Der notwendige Tausch unter ansonsten Unverbundenen macht dagegen zwangsläufig aus einem primär nützlichen Produkt Ware, an der das Kapital einzig der Geldwert, der zu erzielende Profit interessiert. Folgerichtig wird damit der eigentliche Nutzen des Produkts für Mensch und Gesellschaft so sehr zweitrangig, daß fortwährend unermeßliche Schäden – letztlich auf Kosten der Zukunft – zynisch in Kauf genommen werden.

**

Unübersehbare, leider unvermeidliche Folge dieses Zwangs zum rein quantitativen statt qualitativen Wachstum sind *vier große geschichtliche Brüche* des 20. und 21. Jahrhunderts, die das kapitalistische System unentwegt vertieft und auf die die Völker der Welt nur solidarisch eine Antwort finden können:

Erstens: Die stets erneuerte soziale Spaltung aller Nationalstaaten im Innern

Eine soziale Spaltung findet bis auf weiteres selbst innerhalb der wohlhabenden Staaten statt – zwischen den Millionen einfacher, ungesicherter Lohnabhängiger wie auch Rentner und einem winzigen Kreis von Finanzmagnaten. Außerdem leben z. B. sogar im reichen Deutschland neben den Millionen anerkannter Arbeitsloser weitere Millionen Leiharbeiter, Lohnaufstocker, Minilöhner, Umschuler, Zeitarbeiter usw. am Rande des Existenzminimums – als Dauerzustand seit Jahrzehnten. Jedes fünfte Kind lebt in Armut – vor allem Kinder von Alleinerziehenden, die eine Steuerpolitik für Reiche erst recht benachteiligt. – Die

extreme Verelendung in vielen Entwicklungsländern überfordert die Welthungerhilfe jedes Jahr aufs Neue (siehe drei Viertel Afrikas, Indien, Bangladesh, Brasilien usw.). 152 Millionen Kinder weltweit müssen regelmäßig arbeiten, um ihren Familien das Überleben zu sichern: auf Müllhalden, in Ziegeleien, Bergwerken usw. zu lächerlichen Löhnen. Das Regieren vorwiegend zu Gunsten des Großkapitals untermalt von Millionen existenzbedrohter Migranten – als Resultat einer Freihandelspolitik, die Entwicklungsländern diktiert wird – gebiert erst *Terrorismus und Rechtspopulismus*. – Angesichts all dessen verfallen die vereinten Retter des globalen Finanzkapitals und Vertuscher des Großsteuerbetrugs (siehe Panama- und Paradisepapers) hektisch in hilflosen Aktionismus – siehe Festung Europa durch Kooperation mit Menschenhändlern – wie dazumal vor dem heraufziehenden Faschismus. Die geschichtliche Rechnung wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Zweitens: Die feindliche Spaltung zwischen kapitalistischer Technologisierung und Natur

Während Technik und Natur sich mit dem modernen Wissen durchaus im Einklang entwickeln ließen, führt die rücksichtlose und flächendeckende Technologisierung zwecks Maximalprofits zur Vernichtung unserer lebensnotwendigen Naturgrundlage. So verstärkt das Kapital seit Jahrzehnten mit Pestiziden und Monokulturen das allgemeine Arten- und speziell das Insektensterben, senkt mit Umwelthormonen das Intelligenzniveau, begünstigt Epidemien und multiresistente Keime durch mißbräuchlichen Einsatz von Antibiotika in tierquälerischer, qualitätssenkender Massentierhaltung. Primär am Profit ausgerichtete Technikanwendung rächt sich folglich in Naturkatastrophen aller Art: wie Klimakatastrophe, Vernichtung der Regenwälder, Überfischung der Meere, Bodenerosion, Ressourcenerschöpfung usw. usf. Allen inkonsequenten, weil kapitalhörigen Reformen zum Trotz gelang bis heute bei keiner dieser Zeitbomben eine Umkehr des Trends. Resultat ist eine wachsende *Technologie- und Wissenschaftsfeindlichkeit* in unaufgeklärten Teilen der Gesellschaft; oder auf der Gegenseite eine zynische Technikgläubigkeit, die allen Raubbau an Natur und Mensch durch immer absurdere Technik vertuschen will – also bloße Bekämpfung von Symptomen betreibt (siehe CO²-Abscheidung, Endlager für Atommüll, Dieselfilter, Breitbandherbizide, Klima-Engineering usw.) –

Auch hier ist das ökologische Kippen des Gesamtsystems – mit unvorhersehbaren sozial-politischen Konfrontationen – bloß eine Frage der Zeit.

Drittens: Die den Irrationalismus schürende Spaltung zwischen kapitalistischer Modernisierung und kultureller Tradition

Kapitalismus kann, wo er seinem Wesen gemäß funktioniert, nicht als ruhige, bruchlose Entwicklung vor sich gehen. Er durchläuft vielmehr periodisch die Phasen von Aufschwung, Prosperität, Gedrücktheit, Rezession und bombastischer Krise, um je nach deren Schwere durch erzwungene Einführung innovativer und effizienterer Technologien wieder mit einem neuen Aufschwung fortzufahren. Diesen Prozeß mildern seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelte Sozialstaaten ein wenig ab, während dem Kapital egal ist, was mit 200 Millionen Wanderarbeitern verarmter Länder, was mit Arbeitslosen, Rentnern, Auszubildenden, Leih- und Zeitarbeitern auch der Metropolen passiert. Das heißt: Die periodisch sich vollziehende Umwälzung der technologischen Basis wird auf Kosten aller Lohnabhängigen zugunsten des Profits vollzogen. Das politische System aber bleibt konservativ, entwickelt sich kaum, sondern bevorzugt im wesentlichen immerzu Kapitalwachstum und weitere Monopolisierung. Die arbeitenden Klassen stehen damit vor dem Dilemma: Unverdrossen vorwärts gehen und eine bessere, aber ungewisse Welt anstreben oder rückwärts gehen, um frühere, bekannte und angenehmere Zustände wieder herzustellen? Wenn nun keine politische Alternative, kein sozialer Ausweg sichtbar sind – wie seit Jahrzehnten wegen einer zunehmend desolateren und unterwürfigen Linken –, dann liegt die Flucht in eine nostalgisch verklärte Vergangenheit nahe. Und läßt sich dann auch noch ein Sündenbock finden – wie Juden, Migrant*innen, Farbige oder Anders-Religiöse –, dem man die gegenwärtige Misere zuschreiben kann, dann gibt es vollends kein Halten mehr, um reaktionären Rattenfängern mit Schaum vor dem Mund zu folgen. Der Neofaschismus will also wie sein Vorbild eine rückwärts gerichtete Revolution aller, die die Notwendigkeit einer nach vorne gerichteten sozialen Revolution nicht verstehen: Er speist sich aus purer Angst vor der Moderne. Die bittere Konsequenz lautet: Der unvermeidliche Fortschritt kann sich aufgrund gesellschaftlicher Selbsttäuschung erst durch die Erfahrung von – schließlich sogar globalen – Katastrophen durchsetzen. Diese Katastrophen aber stellt der Kapitalismus, wie die vergan-

gene und zeitnahe Geschichte zeigt, mit Naturnotwendigkeit regelmäßig her:

Denn das Kapital vernichtet im Fegefeuer der globalen Konkurrenz unentwegt Arbeitsplätze – ohne vorausschauend dafür zu sorgen, daß geeignete neue entstehen, wie es eine gesamtwirtschaftliche und nutzenorientierte Wirtschaftspolitik täte. Das Kapital der hochtechnologischen Metropolen untergräbt jede Wettbewerbsfähigkeit vor allem von unterentwickelten Ländern, deren Migranten dann als Bedrohung für alle wirken, die von der Deregulierung des Kapitals überrollt wurden. Das Kapital bzw. die ihm hörige Politik klotzt Braunkohlegruben, Atomkraftwerke, Mülldeponien, Solaranlagen, Windkraftträder, Wasserspeicher usw. rücksichtslos neben Wohn-, in Naturschutz- und Erholungsgebiete, weil der private Profit vor jedem Gemeinwohl rangiert – statt daß eine am arbeitenden Menschen orientierte Politik solidarisch langfristige Lösungen erkundete. Das Kapital erfindet – natürlich zum selben Zweck – immer neue Krankheiten und überteuerte, pseudoverbesserte Medikamente, um eine Zweiklassenmedizin zu etablieren. Das Kapital überschwemmt hilflose Konsumenten mit einer fragwürdigen, technischen Spielerei nach der anderen, erdrückt mit seiner Finanzmacht die wahrhaft kreativen, mittelständischen Unternehmen, erzeugt mit all dem eine immer größere Zahl desorientierter und überforderter Menschen und ... und ... und. – Zusammengenommen löst genau all das die blindwütige Gegenwehr von religiösem Fundamentalismus aus, von Rechtspopulismus, neuen *Nationalismus und Rassismus* – führend in die bekannten politischen Abgründe.

Und viertens: Die gesellschaftliche Spaltung der Welt als Ganzes

Durch das inzwischen herrschende, globale Großkapital hat sich die unaufhaltsam vertiefende Wohlstandsschere zwischen florierenden, großkapitalistischen Metropolen und Entwicklungsländern so weit aufgetan, daß weltweit *Migrationsströme* ausgelöst werden, die sogar die trügerische Stabilität solcher Metropolen erschüttern (wie der EU und der USA). Nicht etwa humane Hilfe, sondern die Inhumanität kapitalistischer Expansion vernichtet Heimat – der Migranten wie der Einheimischen. Migranten dienen als konkurrenzlos billiges Reservoir an Arbeitskräften, während gleichzeitig die hochindustrialisierten Staaten bemüht sind, vor allem die bestausgebildeten Exilanten zu rekrutieren. Auf diese Weise wird das ohnehin bestehende technologische Gefälle

zusätzlich verstärkt und damit die globale Spaltung weiter vertieft. Auch der Aufschwung der großen Schwellenländer Brasilien, Indien und Südostasien wird dadurch bedroht, mit den entsprechend negativen Folgen für die Weltwirtschaft. – Geradezu hypnotisiert vom Zwang zur Profitsteigerung und Kapitalakkumulation schreitet die Zentralisation des Globalkapitals fort – bis irgendwann der Nationalismus irgendeines vom Kapital destabilisierten Landes die historisch belegte Verknüpfung von Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg vergessen hat, um die Lunte an die reichlich vorhandenen sozialen, politischen und kulturellen Gegensätze zu legen.

Wie gezeigt, sind diese sich feindlichen Gegensätze nicht aufhebbar – von welcher Partei oder Bewegung auch immer –, solange die kapitalistische Grundlage weiterbesteht: Sie aber besteht ganz praktisch in der unkontrollierten Teilung gesamtgesellschaftlicher Arbeit, die das Primat des Profits erzwingt. Ja diese vier unterm Kapital irreparablen Spaltungen müssen sich periodisch immer weiter zuspitzen, bis zum globalen Kollaps, der mit unvorstellbaren Menschenopfern und ebenso vielem Leid verbunden sein würde. Aus all dem ist zu folgern:

Nur ohne Kapitalismus hat die Menschheit noch Zukunft

3

Was tut not?

Seit dem Zweiten Weltkrieg vertieften sich über Jahrzehnte hinweg die gezeigten vier fundamentalen Brüche – in Schüben:

1973 beginnend mit Ausbruch der Erdölkrise – erstes zutage treten der globalen Spaltung;

1989 mit Ende des Kalten Krieges – Triumph des Neoliberalismus und verstärkte innere Spaltung;

2008 im Zuge von Weltfinanzkrise und schuldenfinanzierter Modernisierung – Neonationalismus, Neorassismus und Neofaschismus erheben weltweit ihr Haupt;

und auf ein Symboljahr der globalen Klimakatastrophe – wegen wachstumsgetriebener Technologisierung und Naturraubbau – torkelt der Kapitalismus sorglos zu – 2017 könnte dazu werden.

Der all dem zugrunde liegende Profitzwang ist aber keinem persönlichen Versagen geschuldet, sondern systembedingt. Darum genügen in allen bedeutsamen Bereichen der entwickelten Gesellschaft längst nicht mehr übertünchende und flickende Reförmchen: Die radikale Wende tut not:

In puncto Sozialstaat und Arbeitslosigkeit lautet sie:

Zukunftsfähige Politik muß der Arbeit das Primat vor dem Kapital, vor dem Profit, vor der Effizienz, vor der Konkurrenzfähigkeit einräumen – andernfalls krepieren zuvor Mensch und Natur. So muß die wissenschaftlich begründete Entscheidung der Werktätigen – fossile oder regenerative Energie, Autos mit oder ohne Emission, Landwirtschaft mit oder ohne Pestizide usw. – Entscheidungen von Managern ersetzen, die sich rücksichtslos am Kapital orientieren. – Jeder Mensch hat das Recht auf sinnvolle Arbeit, um in Würde leben zu können, nicht erst, wenn Markt und Profit ihm nervtötende Arbeit aufzwingen: Eine solidarische Gesellschaft wird dementsprechend in zukunftsträchtige Arbeitsplätze investieren, in – jeweils bezahlbare – Ausbildung, Wohnung, Pflege, Sozialwesen, Sicherheit, Gesundheit usw. Einer Politik des Großkapitals und der Banken, die das nicht garantieren kann, fehlt jede Legitimation, Menschen zu repräsentieren. Umso mehr, als Großkapital und Großverdiener – gedeckt von den Helfershelfern in Politik und Staatsapparaten – ihre Steuern als Anteil zum Sozialstaat verweigern (weltweit ca. 300 Milliarden €), den jeder Lohnabhängige und kleine Unternehmer konsequent leistet. – Denn produktive Arbeit hat sich nicht primär danach zu richten, ob Profit zu erzielen ist, sondern ob der Gesellschaft und dem Individuum daraus Nutzen erwächst. Was dagegen eine im Marktkäfig befindliche Lehrbuchökonomie offenbar immer noch nicht kapiert hat: Je mehr Vollautomation, Roboter und Digitalisierung die Produktivität ins Uferlose steigern, desto mehr kann zwar die Produktmenge und ihre Qualität wachsen – desto mehr wird aber der Profit prozentual sinken; daher die Nullzinspolitik der Banken. Das Primat des gesellschaftlichen Nutzens schadet also keineswegs einer progressiven Entwicklung – im Gegenteil –, das Primat des Profits dagegen schadet immens.

In puncto Kultur, Ausbildung und Infrastruktur gilt analog:

Für eine Weiterentwicklung von neuen Technologien, für die Lösung sozialer, ökologischer, medizinischer Fragen, für den dazu notwendigen Ausbau der internationalen Forschung, vor allem für die möglichst umfassende und personenspezifische Ausbildung wären gewaltige, regelmäßige Investitionen in die digitale Infrastruktur notwendig. Der von der Politik gestützte Zwang zum schnellen Profit macht dies unmöglich: Zuwenig qualifizierte Lehrkräfte, zu große Klassen, verrottende Schulen und Universitäten, zu wenig Lehrmittel (v. a. Computernetzwerk) sind die Folge. Vor niedrigen Unternehmenssteuern zu Lasten der Allgemeinheit muß daher die gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit der Modernisierung aller Infrastrukturbereiche stehen.

In puncto regenerativer Energien drängt die Wende, denn:

Die fossilen Energien der Erde sind endlich und für vielfältige Verwendung in der Zukunft wichtiger, als für falsche Mobilität vergeudet zu werden, um gleichzeitig noch Klima und Gesundheit zu untergraben. Je mehr Menschen die Erde bevölkern und je höher der Energieverbrauch desto unerläßlicher wird eine regenerative und unerschöpfliche Energiegewinnung. Daher muß die unvermeidliche Energiewende genutzt werden, um anstelle der alten Technologien neue Arbeitsplätze zu schaffen, statt jene aus falsch verstandenem Rentabilitätsinteresse unnötig aufrechtzuerhalten. Daß der weitere Einsatz fossiler Energien einschließlich der Atomindustrie sowohl die Gesundheit aller massiv gefährdet wie den ökologischen Kollaps der Erde bewirkt, ist längst wissenschaftlich gesichert. Schadensausmaß und -dauer, die unvermeidliche Havarien von Atomkraftwerken hinterlassen, sowie die bis dato ungeklärte Endlagerung hochgiftigen Mülls über Millionen von Jahren, machen Atomindustrie unverantwortbar.

In puncto Landwirtschaft, Weltmeere und Klima wird schleichend die Notwendigkeit der Wende erfahrbar:

All diese Lebensbereiche ruiniert der kurzsichtige Profitzwang in der Substanz, setzt dabei die menschliche Existenz überhaupt aufs Spiel, indem er die Erde an die unberechenbare Kante treibt, wo das Gesamtsystem kippt. Monokulturen plus Pestizide, Massentierhaltung plus Antibiotikaeinsatz, Kraftfutter plus Tropenwaldrodung, Schiffsfabriken

plus Schleppfangnetze usw. dienen jedenfalls nicht einer nachhaltigen Entwicklung der Menschheit. Das Kapital verstärkt seit Jahrzehnten mit Pestiziden und Monokulturen den allgemeinen Schwund unerläßlicher Insekten, begünstigt Epidemien und multiresistente Keime durch mißbräuchlichen Einsatz von Antibiotika in tierquälerischer, qualitätssenkender Massentierhaltung. Und das, obwohl verträgliche und wirtschaftliche Alternativen längst in Ansätzen erfolgreich praktiziert werden: wie biologische Landwirtschaft, Urban Farming, nachhaltige Fischerei und Zucht in den Weltmeeren, Aquaponik.

In puncto Korruption, Rechtsstaat, Volksherrschaft etc. hilft nur eine konsequente Gesetzesreform:

Solange Konzerne gefällige Gutachten nach Eigenbedarf bestellen können, solange Institutionen wie Verbände, Kirchen und Regierungsapparate in eigener Sache Verfehlungen untersuchen dürfen (siehe Pseudo-Ethikkommissionen), sind eine ehrliche Gesellschaft und ein vertrauenswürdiger Staat fern. Daher ist politisch der Grundsatz zu verwirklichen: Jede Anklage gegen Körperschaften aller Art muß von möglichst unabhängigen Gremien, Fachorganen etc. geprüft werden.

In puncto gescheiterter Staaten zwingt folgende Lage zu einer radikalen Wende:

Es sind nicht die verarmten Tagelöhner verschuldeter Staaten, die solche zum Scheitern bringen. Es sind die korrupten Eliten, die solche Staaten in den Schuldensumpf reiten und ihre Milliarden unbehelligt in weitere Spekulationsgeschäfte stecken. Es ist aber grundlegender die immer noch vorherrschende Teilung globaler Arbeit, die alle bürgerlichen Nationalstaaten letztlich in solch destruktive Konkurrenz versetzt. Gegenteilstendenzen entstehen, wenn auch noch zu schwach – wie Wirtschaftsverbände aus mehreren Nationalökonomien, wie politisch die EU oder UNO und wie die internationale Infrastruktur oder Forschungskooperation usw. Das Resultat im Großen ist aber alles andere als allgemeine Wohlfahrt wie Adam Smith und alle Wirtschaftsliberalen irrtümlich behaupten, sondern ist der gnadenlose Konkurrenzkampf prosperierender Metropolen untereinander und dieser gegen Schwellen- und vor allem Entwicklungsländer, die hemmungslos und kurzfristig zum Schaden aller übervorteilt werden. Massenmigration ist die Folge. Zwar steigen Entwicklungsländer zu Schwellen- und diese zu High-

tech-Ländern auf, doch drohen gewaltige Opfer auf diesem Wege, die Welt vorher in den Abgrund zu reißen. Entwicklungspolitik darf daher nicht primär die nationalen Vorteile im Auge haben, darf im Entwicklungsland keineswegs vor allem den künftigen Konkurrenten sehen, sondern muß die konstruktive Zusammenarbeit fördern. Wer das Monopol anstrebt – Konzern oder Land –, um einen Ausgleich schaffenden, konstruktiven Wettbewerb zu unterbinden, häuft immerzu den Zündstoff für Revolten, Terrorismus und Migration an.

*

Wie sollen diese notwendigen Radikalkorrekturen bei den herrschenden Machtverhältnissen allein durch graduelle Reformen vollzogen werden? Sie bestehen in Palliativpflästerchen wie Pseudomietpreisbremse, Aufstocken des Niedriglohns oder unzureichender Erhöhung des Bankeneigenkapitals. Noch so hohe Löhne und sonstige soziale Reformen können niemals, solange der Profit regiert, die Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion und ihre Entwicklung durch die produktiv Arbeitenden selbst ersetzen. Noch so viele Kontrollgesetze bleiben marginal, solange Kapitallobbys und Regierung im gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen. Was nützen einem immer größeren Teil der Weltbevölkerung passable Löhne, billige Lebensmittel en masse, Komfortwohnungen, Luxusgüter, drei Urlaube im Jahr – wenn unaufhörlich Migrantenströme, periodische Wirtschafts- und Finanzkrisen, Alterselend, Atom-GAUs, Klimakatastrophen und der Terrorismus oder Rassismus Verzweifelter, die Welt von einem Debakel ins nächste stürzen?

Trotzdem sind weiterhin sozialinnovative Reformen auf allen Ebenen der Gesellschaft hilfreiche Schritte – doch nur, um schließlich das System im Kern zu ändern. Und das kann nur heißen: Politisch dem gesellschaftlichen Nutzen in allen Bereichen der Produktion und Reproduktion den Vorrang vor dem privaten Profit zu verschaffen. Erfahrungsgemäß entsteht aber erst in den Phasen von Globalkrisen und zivilisatorischen Katastrophen eine erhöhte Bereitschaft der Massen zur Veränderung, um die unerläßlichen, qualitativen Sprünge zu vollziehen. Vorzuziehen wären natürlich aufgeklärte und emanzipierte Völker, die bereits im kritisch hinterfragten Wohlstand bereit sind, dem globalen Desaster

vorzubeugen. Ein erneutes Anpassen und Unterwerfen unter die alte Ideologie des Chauvinismus wie 1914 durch die europäische Sozialdemokratie würde das Leiden der Menschheit unabsehbar verlängern. Der heutige Zerfall der Sozialdemokratie nahm mit einer Führung den Anfang, die ihre in Jahrzehnten gegen Monarchie, Militarismus und Imperialismus geschulte, nach Millionen zählende Anhängerschaft für eben diese Todfeinde auf die Schlachtbank trieb. Es gilt aber immer noch: Entsteht vor und in der globalen Krise eine revolutionäre Bewegung, muß schließlich das bloße Reformbedürfnis durch die Bereitschaft zum energischen Umbruch ersetzt werden – gegen alle Sabotage und möglichen Terror. Andernfalls droht jahrzehntelanges Perpetuieren der menschheitlichen Misere – wie seit 1914.

Das Vertrauen des Volkes in ein Programm der radikalen, sozialen und politischen Neuorientierung kann nur gewonnen werden, wenn es mit der ebenso radikalen Kritik an der bisherigen Linken und ihrem kompletten Versagen in der Geschichte einhergeht. Das heute unaufschiebbar gewordene Ziel der Überwindung des Kapitalismus ist von Sozialdemokraten und Sozialisten seit dem Pakt mit den alten Gewalten von 1914 aufgegeben und durch einlullende Reformen ersetzt worden: Offiziell erst mit dem Godesberger Programm von 1959. Der imperialistische Burgfrieden mit dem größtenwahnsinnigen Kaisertum von damals besteht seitdem mit dem kapitalistischen System, mit der Finanzdiktatur, mit dem Wachstumswahn. Auf den extremen Verrat der Sozialdemokratie an der europäischen Arbeiterbewegung antwortete mit historischer Dialektik die – vorgeblich kommunistische – Parteidiktatur einer dogmatischen Minderheit über die gesellschaftliche Mehrheit in den sogenannten realsozialistischen Staaten. Diese Spaltung der Arbeiterbewegung bewirkte ihre Ohnmacht und ermöglichte die Verlustsiege des Kapitals – bis heute. Eine auf zig linke Parteien und Verbände zersplitterte Bewegung, die keine gemeinsame Hauptstoßrichtung besitzt, wird nie die politische Macht sprich parlamentarische Mehrheit gewinnen, um dem unerläßlichen Primat der Arbeit über das Kapital zum Durchbruch zu verhelfen.

Das eigentlich evidente Menschenrecht, daß der tatsächliche Produzent über sein eignes Produkt bestimmen soll, kommt seit dieser historischen Spaltung nicht einmal mehr zur Sprache. Daher wird selbst von

sogenannten Sozialisten wie Staatskommunisten immerfort unterschlagen, daß das Lohnsystem gerade nicht die geleistete Arbeit zum Maßstab hat – was das Gerede vom gerechten Lohn unterstellt –, sondern vor allem den Arbeiter permanent enteignet und entmündigt. Dann aber den Staat an die Stelle eines aufgeklärten und emanzipierten Volkes zu setzen – angefangen bei der Bankenverstaatlichung –, bedeutet den Gipfel der Enteignung.

Sogenannte Kommunisten, die den Staatsleviathan propagieren und auch noch mit dem Markt und seiner Konkurrenz den Profitvorrang perpetuieren würden, belegen so ihre anhaltende Blindheit gegenüber der geschichtlichen Tendenz zur Vergesellschaftung, zur immer notwendiger werdenden Kontrolle auch aller staatlichen Maßnahmen durch fachliche Qualifikation der Zivilgesellschaft. Ebenso wurde mit dem Ersetzen des Räteparlaments (Sowjets) durch die bolschewistische Parteidiktatur die Selbstherrschaft der Arbeiter liquidiert. Der Wille des arbeitenden Volkes kann sich überhaupt nur dann in der Gesellschaft angemessen niederschlagen, wenn er nicht nur vordergründig durch ein Parlament des Kapitals repräsentiert wird, sondern wenn alle Institutionen von Staat und Gesellschaft zugleich unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle stehen. Das Volk wird lernen müssen, von einer qualifizierten Basis her selbst zu herrschen – nicht nur formell und in der Phrase.

Doch lehrt nicht die faschistische Vergangenheit und eine rechtspopulistische Gegenwart an der Klugheit des Volkes zu zweifeln? Inzwischen gehört zum akademischen Ritual der zeitgenössischen Linken nicht nur eine inadäquate Politik, sondern schon ihren Gründungsvätern Marx und Engels eine völlig verfehlte Revolutionsvorstellung anzulassen: Das Proletariat zum Heilsbringer der Geschichte zu erklären – welcher augenscheinlicher Irrtum. Doch übersieht dieser Vorwurf, daß mit dem Heraufkommen einer neuen, gemeinnützigen Wirtschaftsform auch die Produzenten einen neuen Status einnehmen werden.

Das Industrieproletariat in Mitteleuropa um 1900 machte tatsächlich – wie prognostiziert – rund die Hälfte der Bevölkerung aus und hatte vor den Weltkriegen die Zukunft in seiner Hand. Heute fällt es zwar nach und nach unter die 20 Prozent – was aber nicht heißt, daß die Zahl der Lohnabhängigen zurückginge; im Gegenteil (sie sind z. B. 2017 in

Deutschland auf über 50 % gestiegen). Bei der anstehenden Umwälzung der Produktionsweise geht es daher nicht mehr primär um die Industriearbeiterschaft als revolutionärem Subjekt, sondern die anschwelende Masse hochqualifizierter, aufgeklärter und vernetzter Lohnabhängiger steht in der historischen Pflicht, den unabwendbaren Systemwandel zu stemmen.

Denn es geht um die Überwindung des Lohnsystems, der Arbeitskraft aller Werktätigen als Ware. Es geht darum, daß im Lohnsystem die kooperativ Arbeitenden nicht über ihr eigenes Produkt bestimmen können. Daher haben alle Lohnempfänger, alle Lohnabhängigen ein fundamentales Interesse daran, nicht mehr den Profitzwang, nicht mehr den privaten Kapitalbesitzer über die gesellschaftliche Verwendung des gemeinschaftlich erwirtschafteten Reichtums entscheiden zu lassen. Erreichen Konzerne das Stadium eines Quasimonopols oder geraten Großbanken wie auch Großkonzerne in Zahlungsunfähigkeit, so beweisen sie nichts als das Scheitern des Kapitalsystems; sie sind daher keinesfalls durch öffentliche Gelder zu retten, sondern vielmehr von ihren Belegschaften – befreit vom Versagermanagement – neu aufzustellen und auf Nutzenbasis weiterzuführen. Statt eines den Markt wieder herstellenden Kartellamtes braucht es ein Ministerium für Vergesellschaftung – keinesfalls Verstaatlichung. Denn statt daß die anonyme Macht des Kapitals über die lebendige Arbeit herrscht, wird und muß die kooperative Arbeit über ihr eigenes Produkt, über die Reichtümer und Zielsetzungen der Gesellschaft bestimmen lernen.

Die fortschreitende Monopolisierung des globalen, kooperativ geschaffenen Reichtums in wenigen, privaten Händen, die eine gnadenlose Profitdiktatur gegen die kooperative Arbeit ausüben – Glanzlichter darunter Bankenrettung, Steueroasen und Schuldenfalle –, ist es, die die gewaltigen sozial-ökologischen Brüche weltweit erzeugt und dadurch die Menschheit in den Abgrund treibt. Inzwischen geht es längst nicht mehr primär um Lohnerhöhung, sondern das arbeitende Volk wird wählen müssen:

Befreiung von der Profitdiktatur oder globaler Untergang!

4

Werktätige der Welt: Entmachtet die alles vernichtende Geißel des Profits durch eure Stimme, durch eure Aktion!

Über das Abmildern von Symptomen der Profitdiktatur hinaus, worin bürgerliche Regierungen steckenbleiben, sind radikale Umbrüche in der Weltgesellschaft unvermeidlich. Denn wie die feudale Ordnung der Privilegien durch die bürgerliche Ordnung wirtschaftlicher Leistung gestürzt wurde, so wird und muß die kapitalistische Ordnung der Profitmaximierung durch die globale Ordnung nutzenorientierter Kooperation stürzen. Andernfalls würde der ungebremste Profitzwang die eklatanten vier Antagonismen – nationale Spaltung, Spaltung zwischen Technologie und Natur, Spaltung zwischen Modernisierung und Tradition und viertens globale Spaltung – bis zum Untergang jeder Zivilisation zuspitzen.

Alle progressiven Parteien und Bewegungen der Linken sollten daher Reformnotwendigkeiten zentraler Bereiche der modernen Gesellschaft zu elementaren Reformzielen zusammenfassen, die gleichberechtigt neben den allgemeinen Menschenrechten in jeder global verantwortlichen Verfassung verankert werden müssen:

Erstens betreffs Wirtschaft:

Die destruktive Konkurrenz um Kapitalakkumulation muß sukzessive vom konstruktiven Wettbewerb um die qualitativ besten Produkte und Verfahrensweisen abgelöst werden. Soll heißen: Angebot und Nachfrage wie auch die Effizienz von Unternehmen dürfen nur untergeordnete Hilfsmittel zum Finden passender Produkte und Organisationsweisen sein. Die Effizienz aller Produktion und sozialen Tätigkeit soll durchaus nicht vernachlässigt werden, aber sie darf sich nicht in Gestalt des Profitzwangs über sämtliche, oft langfristige Bedürfnisse der Gesellschaft hinwegsetzen. Nutzen und Wirtschaftlichkeit sollten also stets in Wechselwirkung aufeinander abgestimmt sein. Um aber dem gesellschaftlichen Nutzen bei Konsum wie Innovation den Vorrang zu verschaffen, sind alle heute weltweit verfügbaren Daten, Informationen, Statistiken und Studien einzusetzen, um eine zielgerichtete, vorteilhafte

Zusammenarbeit zu gewährleisten. Vor allem aber sind dabei alle vorhandenen Erkenntnisse der Wissenschaft zu beherzigen. Dazu gehört nicht zuletzt der Einsatz interdisziplinärer Arbeitsweisen.

Banken haben bloße Dienstleister beim Einsammeln von brachliegendem Geld und bei der Gewährung von Krediten zu sein. Sie produzieren nichts, dürfen daher auch keinen Gewinn machen. Bankengewinn und private Spekulation sind keine produktive, sondern lediglich eine gesamtgesellschaftlich schädliche Leistung. Zum Vorstrecken höchster Kreditsummen sollen Banken daher kooperieren bzw. genügend Geld einsammeln. Schulden sind nur in dem Maße zuzulassen, als sichere Gegenwerte existieren. Spekulation mit Geld als Kapital ist innerhalb der allgemeinen Wirtschaft zu verbieten, denn Gewinn kann und darf nur gemacht werden, wenn eine produktive Leistung vorliegt. Bargeld ist von Zentralbanken nur in dem Umfang bereitzustellen, als kleine, individuelle Kaufakte getätigt werden. – Wohlgemerkt: Eine solche Reform der „Banken“ zielt darauf ab, sie mittelfristig in ein bloßes Institut der Arbeitszeitlogistik für die Gesamtwirtschaft zu verwandeln. Dazu ist aktuell anzumerken: Die ziemlich neue Technologie des Blockchain im Internet als Management von verteilten Datenbanken könnte das informationelle System der Vergesellschaftung schlechthin sein, das Banken überflüssig macht: also die Verselbständigung des Geldes als Kapital gegenüber den wahren Produzenten. (Zum Beispiel in Gestalt der Krypto-Währung Bitcoin seit 2009 praktiziert.) Das Informationskonzept funktioniert völlig dezentral, kann nicht gehackt werden, beruht rein auf autonomen Datenaustausch der Nutzer. Durch diesen dezentralen Konsensmechanismus ist keine dritte, sich verselbständigende Instanz des Vertrauens notwendig. Informationstechnologie ermöglicht also eine unmittelbare Gesellschaftlichkeit, die sich allein auf Informationsbasis selbst regelt. – Kurz: Gesellschaftlicher Nutzen zuerst. Geld muß zum bloßen Zirkulationsmittel werden und Banken haben daher nur als bloße Dienstleister Berechtigung – bei Verbot öffentlicher Spekulation. Verbot von Bankengewinn und Börsenspekulation – Gesellschaftlich statt staatlich geführte Banken haben nur der Zirkulation zu dienen, der gesellschaftlichen Gesamtrechnung und der begrenzten Kreditvergabe bei Kreditsicherheit.

Im Kern: Die Bedürfnisse und Erfordernisse der Gesellschaft müssen in der Zielsetzung der Wirtschaft vor dem aktuellen Primat des Profitzwangs rangieren.

Zweitens betreffs Arbeit:

Arbeitsplätze sind vorausschauend durch gesellschaftliche Investition in progressive Technologien und Dienstleistungen zu schaffen. Damit muß – bei vorübergehender Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit – ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle verbunden sein (entspricht den menschenrechtlich gebotenen Sozialleistungen von heute – nur ohne bürokratischen Aufwand). – Ebenso besteht ein Recht darauf, für höchstens dem Viertel der Arbeitsleistung genossenschaftlichen Wohnraum mieten zu können. – Entsprechendes gilt für das Gesundheitswesen und für eine angemessene Rente, wozu von der Gesellschaft lediglich ein bestimmter Prozentsatz des gegenwärtigen Bruttosozialprodukts zu veranschlagen ist (je 15 % z. B.) Wächst das Bruttosozialprodukt, wächst auch die Rente, fällt es, fällt auch sie relativ damit. – Die Landwirtschaft, die das Lebensnotwendigste garantiert, unterliegt großteils schon heute nicht mehr dem Markt, da sie ohne staatliche Subventionen längst beim Monopol und Höchstpreisen gelandet wäre. Konsequenterweise muß daher die Landwirtschaft völlig dem Markt entzogen werden und es darf nur noch konstruktiven Wettbewerb um die der Gesundheit und Natur zuträglichsten Produktionsmethoden geben (analoges gilt für Kultur, Sportförderung und Gesundheitswesen). Alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche, die von der Gesellschaft insgesamt und regelmäßig gebraucht werden (und deshalb oft zentral organisiert sein müssen wie Post, Telekommunikation, Bahn, Straßen, Flugverkehr, Binnenschifffahrt) müssen mit ihrem Netz dem Markt entzogen werden, da der Besitz des Netzes von Haus aus ein Monopol bedeutet; verschiedene Dienstleister können mit verschiedenen Produkten anhand dieses Netzes dann in Wettbewerb treten. – Bemessungsgrundlage der Wirtschaftsleistung dürfen also perspektivisch nicht mehr Wert und Geld sein, da die Arbeitszeit beim Steigen der Produktivität ständig relativ sinkt, sondern müssen zunehmend die qualitativen und quantitativen Leistungen an Produkten und Diensten in den grundlegenden Lebensbereichen werden.

Lohnarbeit geht mittelfristig – je mehr die notwendige Arbeit zur Sicherung des Lebensunterhalts sinkt – in Forschungs-, Sozial- und Kulturarbeit über, da bloß quantitatives Wachstum von Konsum und Luxus zivilisationszerstörend wirkt. – Kurz: Die Gesellschaft muß einen – wenn auch sich ändernden – Arbeitsplatz garantieren; der Lohn darf

sich nicht mehr am Lebensminimum orientieren bzw. dahin gedrückt werden, sondern muß – entsprechend der Gesamtwirtschaftsleistung – durchschnittlichen Lebensunterhalt, Wohnung, Ausbildung, Gesundheit und Rente gewährleisten. Jedem Menschen sind nicht nur Freiheitsrechte, sondern auch Solidar- und Sozialrechte zuzubilligen (Wohnraum, Medizin, Kultur), die nicht einem Markt unterliegen dürfen, sondern durch die Beiträge der Allgemeinheit gesichert werden.

Im Kern: Ein gesellschaftlich anerkanntes Recht auf Arbeit muß errungen werden; Arbeit deren normaler Umfang jedem durchschnittliche Wohlfahrt garantiert.

Drittens betrifft Umwelt:

Statt dem privaten Profitzwang zu huldigen, muß die nachhaltige Nutzung der Natur garantiert sein; das heißt von Böden, Wäldern, Flüssen, Seen und Meeren, von Luft und Wasser, von Artenvielfalt und Rohstoffen – gleiches gilt für die Gewinnung von Energie und Rohstoffen. Die Artenvielfalt zur Lösung künftiger Aufgaben kann nur gegen bedenkenlosen Profitprimat erhalten werden; endliche Rohstoffe sind einem Kreislaufprozeß zu unterwerfen; auch industrialisierte und wissenschaftliche Landwirtschaft darf nicht zur Zerstörung der Lebensgrundlagen führen.

Zwar kann Natur nie mehr eine ursprüngliche werden, sie wird mehr und mehr dem Menschen dienen, ja mit ihm verschmelzen. Aber die Stoffwechselprodukte – wie Nervengifte, radioaktive Substanzen, Stickoxide, Gülle und Nitrat usw. – dürfen nicht der Entwicklung der Menschheit schaden, müssen ersetzt oder verarbeitet werden. – Kurz: Natur und Umwelt sind nur nachhaltig gegen alle Profitinteressen zu nutzen. Zwar kann man keine ideale oder ursprüngliche Natur erhalten, allerdings darf das Verhältnis zu ihr auch nicht antagonistisch werden. Natur und Gesellschaft müssen sich in einem Fließgleichgewicht befinden, was durchaus progressive Entwicklung bedeutet.

Im Kern: Natur und ihre Ressourcen dürfen von Technik und Gesellschaft nur nachhaltig genutzt werden.

Viertens betrifft Transparenz:

Ruchbar werdende Fehler und Mängel von *Ämtern, Institutionen, Vereinen und Führungspersonen jeder Art* (also auch Kirche, Gewerkschaften, Sportverbände usw.) dürfen grundsätzlich nur von unabhän-

gigen Gremien etc. untersucht werden. Überhaupt muß jede Organisation, Institution oder Gemeinschaft demokratisch legitimiert und transparent sein und bei Mängeln oder Fehlverhalten von unabhängigen Gremien kontrolliert werden. Vor allem staatliche Organe und Gremien müssen ihre Verordnungen und Gesetze von statistisch nachweisbaren Bedürfnissen des Volkes abhängig machen und nicht von bestellten Gutachtern der Wirtschaft oder sonstigen Lobbyisten. Den längst bestehenden sozialen Kontrollgremien – wie Transparency International, Deutsche Umwelthilfe, Foodwatch, Greenpeace, Bund der Steuerzahler, Mieterschutzbund usw. usf. – muß deshalb verfassungsmäßig eine Kontrollfunktion zugesichert werden. – Kurz: Nicht nur der Staat, alle Körperschaften haben demokratisch legitimiert und transparent zu sein. Auch Wirtschaft und soziale Institutionen müssen unabhängiger Kontrolle unterworfen sein.

Im Kern: Die Transparenz und Kontrolle aller Entscheidungsorgane muß unabhängig und basis-demokratisch hergestellt werden.

*

Wie aber sollen diese unvermeidlichen und daher notwendigen Umbrüche trotz der bestehenden Machstrukturen und dem an der täuschenden Oberfläche fixierten Bewußtsein der Massen vollzogen werden? Nie waren die Machtverhältnisse und Krisenursachen so offensichtlich – und nie wurden die politischen Vorstellungen der bindungslosen Lohnabhängigen so durch Massenkonsum, Event-Entertainment und Quotenmedien desorientiert. Diese Widerstände sind nur durch folgende, grundlegende Schritte zu überwinden:

Erstens: Eine auf jeder Ebene zersplitterte Linke wird nie gegenüber dem sich stets einigen Kapital die politische Oberhand gewinnen! Das Kapital tritt aufgrund seines andauernden Zentralisationsprozesses in Gestalt von Arbeitgeberverbänden, Industrie- und Handelskammern, Zentralbanken, Weltbank und Weltwährungsfonds usw. schon immer geeint, mit einer mächtigen Stimme auf. Die wahren Produzenten, die Lohnabhängigen sind in Einzelgewerkschaften, nationale Verbände und vielerlei Reformorganisationen (NGOs, Greenpeace, Bund Naturschutz, Foodwatch, Ärzte ohne Grenzen, World Wide Fund, Transpa-

rency und Amnesty International usw.) hundert- ja tausendfach zersplittert.

Daher ist die *strategische Einheit aller Linken jeder Couleur* und über alle taktischen Differenzen hinweg *unverzichtbar*. Die traditionelle Linke wie Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten muß sich mit der modernen Linken wie Grüne, Attac, Occupy, Podemos, Syriza, Greenpeace, Foodwatch und sonstigen progressiven NGOs anhand einer allen gemeinsamen Maxime verbinden, um eine politische Mehrheit zu erlangen. (Kategorisch auszuschließen sind terroristische Autonome etc., Feinde der Gesellschaft, die dem Rechtsradikalismus in die Hände spielen.)

Strategisch sollte ihr einziger Elementarkonsens in der Maxime „Nutzen vor Profit“ bestehen, da die andern Reformziele betreffs Arbeit, Umwelt und Transparenz sich aus ihrer praktischen Umsetzung früher oder später ergeben. Mittelfristig ist deshalb bezüglich der aufgezeigten, vier sozial-politischen Reformziele eine weitgehende Übereinstimmung zu erwarten.

Diese Einheit kann sich organisatorisch anfänglich auf ein Wahlbündnis beschränken. Das größtmögliche Bündnis aller Linken brauchte sich so öffentlich nicht mit den jeweils variierenden Reformschritten vorzeitig zu belasten, da sie erst in einer Regierung relevant werden. Politische Einigkeit zu einzelnen Reformen muß allerdings insbesondere vor Wahlen betreffs *dreier, durchschlagskräftiger Reformprojekte* hergestellt werden. – Natürlich dürfen solch konkrete Reformen selbst indirekt nie den Profit dem gesellschaftlichen Nutzen vorziehen.

Zweitens sollte diese Vereinigte Linke die vorhin erarbeiteten *vier Grundsätze* als ihre *programmatischen Ziele* anstreben. Diese Grundsätze, die letztlich Aufnahme in jedes nationale Grundgesetz finden müssen, lauten:

Betreffs **Wirtschaftsmaxime des Nutzens**:

Der gesellschaftliche Nutzen, die qualitativen Bedürfnisse und Erfordernisse aller Völker dieser Erde müssen absoluten Vorrang vor privaten Profitinteressen besitzen.

Betreffs **Recht auf Arbeit**:

Jedem Bürger muß ein Arbeitsplatz muß garantiert werden, der ein Leben in gesellschaftlicher Norm gewährleistet.

Betreffs Vereinbarkeit von Technologie und Umwelt:

Fortschritte der Technologie sind nur gerechtfertigt, wenn sie mit der nachhaltigen Nutzung von Natur und Umwelt Hand in Hand gehen.

Betreffs Transparenz aller Entscheidungsorgane:

Alle sozialen, politischen und wirtschaftlichen Organe müssen in ihrem Handeln von fachkundigen Gremien des Volkes kontrolliert werden – dabei unabhängig von Staat, Lobbys und Parteien.

Alle gemäß diesem Grundsatzprogramm aus der jeweiligen Lage der Gesellschaft sich ableitenden, speziellen Reformen hängen außer von den verschiedenen Parteiungen auch von dem jeweiligen Land, seiner Geschichte und Kultur und ihrem Entwicklungsstand ab; sie sind daher dem jeweils aktuellen Stadium anzupassen – dürfen aber dem Elementarkonsens auf keinen Fall zuwider laufen. – Was die internationale Politik betrifft, so verfißt die Vereinigte Linke folgende, einfache Maximen:

Die Kooperation aller Länder hat Vorrang vor ihrem Wettbewerb oder gar ihrer Konkurrenz. Krieg und Gewalt als destruktive Mittel der Konfliktlösung sind zu ächten und durch den dauerhaften und substanziellen Dialog zu ersetzen. Einzige Ausnahme ist die Notwehr. Dieser Dialog muß die erklärten, strategischen Ziele problematischer Staaten zum Inhalt haben und nicht Rituale der Drohung, der Vorwürfe, der Unterstellungen usw. Auch Diplomatie muß transparenter werden. Führt selbst die Vermittlung durch die internationale Gemeinschaft zu keinen tragfähigen Lösungen, hat sie zumindest dafür zu sorgen, rückständigen Regionen der Erde gemäß den natürlichen Voraussetzungen ähnliche Entwicklungschancen einzuräumen.

Drittens ist die politische Führung nur zu erringen, wenn der Mehrheit der Bevölkerung das Zerstörungspotential der erläuterten vier Spaltungen eindringlich vor Augen geführt wird. Denn leider gilt: Findet keine Umpolung des Profitprimats statt, läßt sich der grausame Weg sozialer Zusammenstöße und gewaltsamer Revolutionen nicht vermeiden. Solch elementare Aufklärung wiederum kann nur gelingen, wenn das politische Programm sich nicht mit Kleinkram verzettelt – vor allem angesichts drohender Katastrophen –, sondern bei Wahlen die *Kernbotschaft auf wenige aktuelle für den gesunden Menschenverstand zwingende Reformpakete reduziert*. (Gegenwärtig wären dies beispielsweise

in Deutschland: ein klares Einwanderungsgesetz zusammen mit einem europäischen Großplan zur Sicherung der afrikanischen Heimat; ein Projekt des massenhaften, bezahlbaren und genossenschaftlichen Wohnraums innert zwei Jahren; die Garantie von Steuergerechtigkeit, indem der Gewinn von Konzernen und Großverdienern so unmittelbar wie möglich dort versteuert wird, wo er entsteht oder das Zentralbankkonto wird entzogen.)

Die Vereinigte Linke beteiligt sich durchaus an Koalitionen, ohne daß all ihre Reformvorhaben realisiert werden. Aber zumindest *eines* ihrer Reformziele muß in *einem* Ressort konsequent und erfolgreich umgesetzt werden können, um alle Teile der Bevölkerung vom strategischen Stellenwert des obersten Programmpunktes zu überzeugen: gesellschaftlicher Nutzen geht vor privatem Profit. Im Kontrast dazu sollen sogar bürgerliche Parteien in ihren Ressorts klare Kapitalinteressen verfolgen können. Die faulen Kompromisse sind es, die das Volk täuschen und demoralisieren. – Allerdings sollte die Vereinigte Linke realistisch genug sein, einzusehen, daß über Koalitionen hinaus eine absolute Mehrheit erst in der Großkrise zu erringen ist.

All diese Einsichten finden ihren konzentrierten Ausdruck in den

Vier Losungen der vom Kapital emanzipierten Weltgesellschaft

Gesellschafts- vor Profitinteresse

Unabdingbares Recht auf Arbeit

– damit auf Wohnung, Bildung, Gesundheit und Rente

Nachhaltiges nutzen der Natur und ihrer Ressourcen

Öffentliche Kontrolle von Körperschaften aller Art

– unabhängig, transparent, basisdemokratisch

Notwendige Anmerkungen zu „Grundsätze der Vereinten Linken“

Mancher linke Parteigänger mag diesen „Grundsätzen“ skeptisch ja ablehnend gegenüber stehen, weil nicht viel von Klassenkampf, Revolution und der Abschaffung des Privateigentums an gesellschaftlichen Produktionsmitteln die Rede ist. (Ein Genossen-Kommentar lautete: „Ehrlich, das Schlechteste, was ich je von Dir gelesen haben. Schulaufsatzniveau.“ Diese Kritik klingt zwar nicht gerade inhaltlich, aber die erwähnten Stichworte dürften seine Stoßrichtung abdecken.) Warum liefere ich nicht ein zeitgemäßes „Manifest der kommunistischen Partei“ oder „Sozialistisches Parteiprogramm“? (Abgesehen davon, daß ich sprachlich dazu nicht das Talent besitze.) Warum rufe ich nur zur breitesten linken Bewegung unter dem Banner: „Gesellschaftlicher Nutzen vor privatem Profit“ auf? Ist das nicht viel zu zahm und inhaltsarm?

Der Aufruf der „Grundsätze“ ist von mir sehr überlegt so konzipiert worden und deshalb lautet meine Antwort auf solche oder ähnliche Einwürfe entschieden: Nein – diese „Grundsätze“ sind alles andere als zahm, sie sind äußerst subversiv! Ich will das extra begründen, weil dergleichen in der Schrift selbst nichts zu suchen hat. Die zwei wichtigsten Gründe, strategisch und taktisch vorzugehen, wie es die „Grundsätze“ tun, sind folgende:

Erstens befinden sich die wissenschaftlich-technologisch hochentwickeltesten Gesellschaften der Erde nicht mehr im Stadium des klassischen Konkurrenzkapitalismus ohne Staatseinmischung wie er idealtypisch im „Kapital“ analysiert wird. Die Revolutionsprognose von Marx und Engels wie sie seit dem Deutsch-französischen Krieg von 1871 regelmäßig geliefert wurde, bezog sich auf eine europäische Krisensituation wie sie vor Beginn des Ersten Weltkrieges bestanden hatte und lautete kurz gesagt: Entweder die internationalistisch gesinnte europäische Sozialdemokratie verhindert den Krieg durch eine soziale Revolution, nutzt die Gelegenheit, wenn die Regierungen sich nicht mehr an ihre eigene Verfassung halten (bei Ablehnung der Kriegskredite z. B.); oder es gibt einen fürchterlichen Weltkrieg, der alles bis dahin bekann-

te in den Schatten stellt, und die Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte hinaus demoralisiert und wehrlos macht. – Diese Situation und Gelegenheit mit über 50% (größtenteils organisierter) Industriearbeiterschaft wird es nie mehr geben. Der hochqualifizierte, spezialisierte und existentiell abgesicherte Lohnabhängige wird mehr und mehr die Masse der Beschäftigten ausmachen. Der Industriearbeiter wird wie der Bauer vor ihm zu einer absoluten Minorität werden. Schon Ende des 19. Jahrhunderts hat diese Entwicklung hin zur Arbeiteraristokratie und zum Sozialstaat Marx und Engels veranlaßt, von der Möglichkeit einer weitgehend friedlichen Revolution in fortgeschrittenen Ländern wie England und Niederlande zu sprechen. Gewaltvolle Revolution ist kein Selbstzweck und dennoch müßte gerade die absolute Mehrheit einer konsequenten Linken mit der gewaltsamen Reaktion der Rechten rechnen und mit einer wehrhaften Basis reagieren.

Tatsächlich hat es rund 50 Jahre gebraucht (1918 bis 1968) bis wieder eine nachhaltige, bezeichnender Weise jetzt schon globale Protestbewegung auf den Plan trat; und nicht mehr primär der Arbeiterschaft, sondern der lohnabhängigen, qualifizierten Arbeit und Intelligenz: jetzt aber unter entschieden höher entwickelten Gesellschaftsverhältnissen. Die Umwälzung vom Feudalismus in die rein bürgerliche Gesellschaft dauerte im Grunde genommen bis nach dem Ersten Weltkrieg – also ca. 400 Jahre (Ende der Hohenzollern-, Habsburger- und Zarenherrschaft). Die Umwälzung des fest etablierten Kapitalismus in eine wieder gemeinwirtschaftliche Produktionsweise kann gesichert letztlich nur global geschehen und wird ein ähnlich langwieriger, verworrener von vielen gescheiterten Revolutionen gezeichneter Prozeß sein. Während dieser Transformationsperiode werden durch das Kapital selbst sukzessive die unmittelbar gesellschaftlich organisierten Produktivkräfte hervorgebracht, die die unbedingte Voraussetzung der neuen, sozialen Weltgemeinschaft sind. Die neue Gesellschaft kann nicht das Resultat doktrinärer und ausgeheckter Projekte einiger Revoluzzer sein. In diesem Umwälzungsprozeß werden also ständig Elemente der künftigen Gesellschaft von mehr oder minder emanzipiertem Charakter geschaffen, während die Gesellschaft sich ebenso ständig noch mit den Schlacken der alten Gesellschaft rumschlagen muß.

Genau inmitten dieser widersprüchlichen Umwälzungsperiode befinden wir uns. Das Fatale daran ist: Alle fortwährend entstehenden Potenzen der neuen Gesellschaft (Produktivitätsfortschritte daher Überschüsse, Datenerfassung und -verarbeitung, wissenschaftliche Kooperation und Fähigkeiten, globale Kommunikation und Kooperation usw.) werden vom Kapital usurpiert, um entgegengesetzt schädliche Produktion und Produkte, Raubbau, Überproduktion, Unsinn- und Luxuskonsum usw. fortwährend zu übergipfeln – von zynischer Bereicherung ganz abgesehen. Progressive Ansätze wie Fairtrade, Share-Oconomy, Greenwashing, Kleidersammlung etc., Entwicklungshilfe, regenerative Energien – mit dezentralen Bürgeranteilen, usw. – sind alles progressive Ansätze, die vom Kapital doch noch vereinnahmt werden, zumindest ambivalent wirken. Der Massenkonsum, der für einen Großteil der Lohnabhängigen der Metropolen relativen Wohlstand brachte, wird kapitalistisch dermaßen destruktiv realisiert, daß die ganze Welt dabei ruiniert wird. Unter diesen Bedingungen – wenn selbst die 20 % der Armutsbedrohten der Metropolen weit besser leben als 200 Millionen Wanderarbeiter der Entwicklungsländer und als die Millionen Migranten aus Afrikas Notgebieten – ist die Mehrheit nicht mehr mit der Parole der Ausbeutung zu erreichen. So sehr Niedrigstlöhne ein Skandal sind und ihre Anprangerung durch „Die Linke“ berechtigt: Es betrifft wieder nur eine Minderheit. Das Schaffen und Garantieren von Arbeitsplätzen brächte einen weit breiteren Rückhalt.

Bisher wurden siegreiche Revolutionen nur von Arbeiter- und Bauernmassen getragen, die jahrzehntelang nahe am Hungertod vegetierten. Diese Menschen waren erst zur Gewalt bereit, als dies der letzte Ausweg war. Dieses Mal wird die Revolution in den Metropolen unter dem Eindruck von Katastrophen von den Massen aufgeklärter, emanzipierter und qualifizierter Lohnabhängiger getragen werden müssen. Ohne kritisches, gesellschaftliches Bewußtsein in der Masse kann ein radikaler Wandel nicht gelingen. Nicht nur die materiellen auch die personellen Voraussetzungen einer hochtechnologischen, sozialistischen Gesellschaft muß und wird der Spätkapitalismus bereits hervorbringen.

Aus all diesen Gründen war eine Parole zu finden, die alle sozialkritischen Menschen verstehen können, die nicht den Eindruck erweckt, die ganze Gesellschaft solle ins Chaos gestürzt werden – und die dennoch,

je konsequenter sie umgesetzt wird, revolutionär wirkt. Denn die Kapitaldominanz zu brechen, wird per se eine Revolution verlangen. Genau das leistet die Parole: „Nutzen vor Profit“. Sie wirkt gewissermaßen hinterrücks: Sie spricht den gesunden Menschenverstand an und greift den Profit nicht frontal an – obwohl er damit essentiell getroffen wird; denn es kann zum einen nicht mehr so viel Profit in schädlicher Form gemacht werden, wenn die Nutzenseite erfüllt wird. Und sie greift nicht mehr primär an der quantitativen Seite des Kapitalismus an, sondern noch tiefer an der qualitativen: „Nutzen vor Profit“ greift nicht direkt die Mehrwertproduktion an, sondern den Warencharakter, der alle Sinnhaftigkeit der Produktion auf den Kopf stellt. Und sie wirkt zudem subversiv: Es zeugt schließlich nicht gerade von gesellschaftlichem Nutzen, die Lohnarbeiter durch Stress krank zu machen und also die Arbeitsleistung zu senken; oder zehntausende Wohnungen bei Wohnungsknappheit wegen Mietspekulation leer stehen zu lassen; oder die negativen Gutachten von Mosanto zu Glyphosat im Papierkorb verschwinden zu lassen usw.

Und noch ein Punkt, warum in einer hochentwickelten Gesellschaft des oft perversen Massenkonsums weder die Parole von der Abschaffung der Ausbeutung noch der des gesellschaftlichen Privateigentums taktisch effizient ist – auch wenn beides natürlich Ergebnis einer sozialen Revolution sein wird und muß: Wenn die, die Ausbeutung (zu recht) anprangern, im Hinterkopf haben, daß das gewaltige Produkt, das die Kapitalistenklasse sich aneignet, nach einer Revolution einfach an die Massen verteilt würde, so irren sie gewaltig. Warum? Weil die Hauptmasse des gesamtgesellschaftlichen Mehrprodukts keineswegs in den Luxuskonsum der Reichen fließt – auch wenn der absolut gesehen zynische Ausmaß besitzt. Dennoch geht relativ der Großteil des Mehrprodukts – sei´s in Form von Steuern oder privat – in Investitionen des Fortschritts wie Infrastruktur, Gesundheitswesen, Soziales, Naturschutz, Kultur, Wissenschaft, Forschung usw. Natürlich darf es zumal in den westlichen Metropolen keine Armut und Arbeitslosigkeit mehr geben. Das macht aber nur einen kleinen Teil des Mehrprodukts aus. Für die Hauptmasse gilt: **Es geht nicht so sehr darum, wohltätig zu verteilen, sondern darum, wer über den Einsatz dieser Mittel für was und auf welche Weise entscheidet!** Soll heißen: Die Verfügungsmacht über das gesellschaftliche Mehrprodukt, die öffentliche

Kontrolle darüber und das qualitative Wofür muß Gegenstand einer sozialen Revolution sein.

Kurz: Die Parole „Nutzen vor Profit“ ist nicht unmittelbar revolutionär, treibt aber, konsequent umgesetzt, den Kapitalismus in die Revolution – der durchaus gewaltsame Widerstand des Kapitals würde nicht auf sich warten lassen – und emanzipiert vor allem auch das Volk: Denn die Leitlinie „Nutzen vor Profit“ wirkt nicht primär negativ durch Enteignung – als sei Neid die Triebfeder –, sondern konstruktiv, indem sie verlangt, das Augenmerk inhaltlich auf die Funktionsweise der neuen Gesellschaft zu richten; und indem sie das tut, untergräbt und verhindert sie destruktive Profitzwänge. Diese Losung wirkt also in zwei Richtungen gleichzeitig: konstruktiv aufbauend und destruktiv gegenüber reiner Profitorientierung. Sie vermag es, klammheimlich den notwendigen, radikalen Bruch vorzubereiten, denn von einer bewußten, sozialen Revolution ist zumindest die EU meilenweit entfernt. Tritt im Zuge dieses konfliktverschärfenden Prozesses die Reaktion auf den Plan und wird die politische Revolution zur Notwendigkeit, dann weiß die Mehrheit bereits positiv, wofür sie kämpft.

Zweitens ist zu begründen, warum heute die breiteste Mehrheit auf einfachster, programmatischer Basis – eben dieser Losung – hergestellt werden muß. Wir haben nicht mehr die große und klare Klassentrennung wie um 1900 – obwohl zumindest die Kapitalpartei noch stärker konzentriert und entpersonalisiert ist. Die Partei der Lohnabhängigen dagegen ist tatsächlich pluralistisch geworden, stark fragmentiert – auch wenn selbst die Profiteure der Finanzdiktatur – die Bestverdiener – unter der Zerstörung des Globus zu leiden haben (werden). Um den notwendigen Systemwechsel einzuleiten – und „Nutzen vor Profit“ bedeutet konsequent realisiert eine Revolution –, brauchen wir heute eine absolute parlamentarische Mehrheit. (Würde sie erreicht, müßten natürlich sofort basis-demokratische Rechte massiv gestärkt werden, die fachliche Kontrolle des lobbyistenhörigen Parlaments.)

Je mehr Einzelreformen und spezielle Wege der Durchführung man ins Programm stellt, desto mehr Bevölkerungsteile schreckt man ab. Dagegen ist jedem mit gesundem Menschenverstand zu vermitteln – und sei er mittelständischer Unternehmer – daß die Welt untergeht, wenn der

Profit stets und immer vor allen sachlich-nützlichen Erfordernissen des Lebens geht. Wenn die Vereinte Linke dann noch im Wahlprogramm sich auf die drei jeweils zugkräftigsten Reformprojekte stützt, sind die Erfolgsaussichten am größten.

Was gegenüber der Masse der Lohnabhängigen gilt, gilt ähnlich auch für die Linke: Solange man alle taktischen Besonderheiten in gesonderten Parteien und Grüppchen gegeneinander verfolgt, wird man nie eine absolute Mehrheit gewinnen. Welche Reformprojekte sich in welcher Form als die Richtigen erweisen, kann ohnehin nur die gesellschaftliche Umsetzung erweisen. Sie vor einer Wahl zur Scheidemünze zu machen, ist Dummheit. **Eine durch verschiedenste Reformprojekte zersplitterte Linke wird nie eine absolute Mehrheit erreichen, also auch nie einen grundlegenden, sozialen Wandel durchsetzen können; umgekehrt gilt: Eine unter einem einzigen, allgemein verständlichen Motto vereinte Linke, die in der politischen Verantwortung ein Großprojekt unverfälscht durchsetzt und dadurch überzeugt, wird Wahlen gewinnen und Geschichte schreiben.**

Beispiel sollte bis zu einem gewissen Grade die Erste Internationale sein. In ihr ging es nicht darum, die fortgeschrittensten Positionen der Kommunisten respektive Marx und Engels als allgemeines Programm durchzusetzen, sondern darum, die breitestmögliche Front gegen die bürgerlich-aristokratische Herrschaft herzustellen. Deshalb waren in ihr Proudhonisten, kommunistische Utopisten, Lassalleaner, Anarchisten, Sozialisten, Pazifisten etc. unter der allgemeinen Losung der Arbeitersolidarität gegenüber Kapital und Reaktion vereint. Marx und Engels spielten sich nicht als Diktatoren auf, sondern brachten ihre fundierte Autorität aus dem Hintergrund ein. Wenn eine revolutionäre Situation eintritt, trennt sich eh die Spreu vom Weizen.

Hinzu kommt, daß wegen der Desavouierung der extremen Rechten durch die jüngere Geschichte und dem gleichzeitigen Versagen der radikalen wie reformistischen Linken die große Masse angesichts der Umwälzungen völlig orientierungslos ist und sich nach klarer Führung sehnt. Die große Masse ist nicht mehr parteipolitisch und ideologisch starr gebunden, hängt widersprüchlichen Meinungen an. Das beweisen sowohl spontane Erfolge der Rechten, der Mitte und der Linken: Siehe

Le Pen, AfD, Kurz; Macron für die Mitte; und Bernie Sanders und Corbyn für die Linke. Auch das diffuse Ergebnis der letzten Bundestagswahl von 2017 bestätigt das: Diffus nur, weil weder eine charismatische rechte noch linke Führung vorhanden war. Umso größer die Gelegenheit für eine Vereinte Linke, den strategischen Stellenwert der Losung „Nutzen vor Profit“ zu popularisieren und jeweils die drei großen und progressiven Reformprojekte in den Mittelpunkt zu stellen, die gerade dem breitesten Bedürfnis entgegenkommen.

letzte Version Dienstag, 30. Juli 2024